

Noch brutaler soll der Schlag gegen die Rechte des Volkes in den Ländern geführt werden. Die Pläne der Barone zielen auf die Aufhebung des Artikels 17 der Reichsverfassung ab. Dieser Artikel lautet :

"Jedes Land muss eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muss in allgemeiner gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertreter. Die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Gemeindevahlen."

Herr von Papen hat als Ziel seiner neuen Verfassung die Verfassungsautonomie der Länder angekündigt. Das bedeutet einen entscheidenden Schlag gegen die Republik. Es bedeutet die Aufhebung der Verpflichtung der Länder seiner freistaatlichen Verfassung. Es schliesst die Möglichkeit der Wiedereinführung der Monarchie in den Ländern in sich. Kein Zweifel, dass das preussische Kabinett der Barone die reaktionären Kräfte Bayerns durch die Lockung mit dem bayerischen Königsgedanken für sich zu gewinnen sucht! Verfassungsautonomie der Länder bedeutet ausserdem die Möglichkeit, in den Ländern ein reaktionäres Wahlrecht einzuführen sowohl für das Landesparlament als auch in den Gemeinden. Der Chef des Kabinetts der Barone hat beides ausdrücklich als Zielpunkte bezeichnet.

Alles in allem: Es soll auf dem Umweg über die Länder ein Schlag gegen die Republik geführt werden, es soll eine Entrechtung des Volkes im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden vorgenommen werden. Das ist nicht Verfassungsreform! Das ist Gegenrevolution, das ist der Wille, die Grundprinzipien der Verfassung von Weimar auszustreichen und das deutsche Volk um viele Jahrzehnte in seiner politischen Entwicklung zurückzuwerfen.

Der Chef des Kabinetts der Barone hat grosse Worte darüber geführt, dass seine Regierung den Willen und die Macht habe, diese Pläne durchzuführen. Das Kabinett der Barone rüstet sich also zu einer entscheidenden Machtauseinandersetzung mit allen demokratischen und republikanischen Kräften im Volke. Das Kabinett der Barone spricht durch den Mund seines Chefs von der Forderung des deutschen Volkes nach Freiheit und Gleichberechtigung nach aussen. Im gleichen Atemzuge wird die innere Freiheit des deutschen Volkes, das gleiche Recht der Staatsbürger in Deutschland von dieser Regierung angegriffen. Dieser Widerspruch ist unüberbrückbar. Es gilt, die Freiheit zu verteidigen und das gleiche Recht, es gilt, sie zu verteidigen gegen ein Kabinett der Barone, das als Ausdruck aller reaktionären Kräfte, aller Feinde des Volksstaates in Deutschland nach den Rechten des Volkes greift!

SPD. Leipzig, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die "Neue Leipziger Zeitung" hat auf Grund der Rede des Reichskanzlers in München folgendes Telegramm an die Reichsregierung gesandt:

"Des Herrn Reichspräsidenten getreueste Opposition, die noch vor kurzem zu den Regierungsparteien gehörte und sich mit Feuer und Begeisterung für die Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten eingesetzt hat, erhebt mit Entrüstung Einspruch gegen die Beschimpfung weiter Volkskreise durch den Kanzler, der in seiner Kanzlerrede sich nicht gescheut hat, alle die, die nicht voll und ganz und entschlossen hinter der Regierung stehen, als Feinde des deutschen Volkes abzustempeln. Solche Beschimpfungen verdienen nicht die, die bestrebt sind, in unerschütterlicher Treue am Wiederaufbau mitzuwirken und sich nur in den Methoden und einzelner Anschauungen von denen der Regierung unterscheiden. Solche Beschimpfungen dienen auch nicht der gemeinsamen Sache und müssen im Interesse der Gesamtheit der deutschen Nation mit Empörung zurückgewiesen werden."

SPD. Leipzig, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die preussische Prozessvertretung hat am Mittwoch ihre Beweisanträge neu formuliert und dem Gericht eingereicht. Diese Anträge haben jetzt folgenden Wortlaut:

Dem Vorgehen der Reichsregierung gegen das Land Preussen vom 20. Juli 1932 sind Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Unterstützung des Kabinetts von Papen durch sie vorausgegangen, bei denen in Aussicht gestellt worden ist: 1. Aufhebung des Uniformverbots, 2. Aufhebung des Verbots der Sturmabteilungen, 3. Änderung der amtlichen Personalverhältnisse in Preussen in parteipolitischer Hinsicht, 4. Einsetzung eines bewährten Mannes als Ministerpräsident oder Reichskommissar in Preussen, 5. Umorganisation der inneren Verwaltung in Preussen unter starker Mitwirkung von nationalsozialistischen Kräften.

Diese Umstände sind entscheidend bestimmend gewesen für das Vorgehen am 20. Juli 1932, namentlich für die Ausdehnung und Gestaltung dieses Vorgehens. Für den Fall, dass der Staatsgerichtshof diese Tatsache nicht bereits als feststehend ansieht und für den Fall, dass man den Anträgen des Freistaates Preussen und den Fraktionen des Preussischen Landtages nicht schon auf Grund des übrigen Ergebnisses der Verhandlungen stattgibt, wird beantragt, über diese Tatsachen Beweis zu erheben durch Vernehmung: a) des Freiherrn von Gleichen Berlin, Friedrich-Ebert-Strasse 13, b) des Herrn Adolf Hitler, München, Braunes Haus.

Ausserdem wird gebeten, über die gleichen Fragen zu hören: c) den Herrn Reichskanzler Freiherrn von Papen, Berlin, Reichskanzlei, d) den Herrn Reichswehrminister von Schleicher, Berlin, e) den Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei, Planck.

Sollte der Staatsgerichtshof erkannt haben, die zu c) und d) genannten Herren als Zeugen zu hören, so wird gebeten, das persönliche Erscheinen der Parteien, zum mindesten das Erscheinen der zu c) und d) genannten Mitgliedern der Reichsregierung anzuordnen.

SPD. Im Lager der deutschen Nationalisten und Franzosenfresser ist Aschermittwoch. Entsprechend der Länge und der Höhe des Faschingrums ist der Sturz in den Katzenjammer umso tiefer und grausamer. "Der letzte Kriegsgefangene", Oscar Daubmann, ist als Betrüger und Schwindler entlarvt, und die sich ihm noch entgegenstreckenden Hände verlangen von ihm nur den Fingerabdruck für das Verbrecheralbum. Wie jeder nationalistische Rausch und Rummel, so ist auch dieser mit Schimpf und Schande in einem Riesenkater ertrunken.

Erinnern wir uns: Als der Kampf von Hugenberg und Hitler gegen "das System" und gegen "die internationale marxistische Pest" im Zenith stand, meldete sich Oscar Daubmann als letzter deutscher Kriegsgefangener. Wie ein strahlender Komet erschien er plötzlich am nationalistischen Himmel, gleich einer höheren Fügung, anzuklagen die "Systemparteien", zu rechtfertigen und anzukündigen das nahende "Dritte Reich". Anzuklagen die Sozialdemokraten, die Novemberverbrecher und die Pazifisten, die es geduldet haben, dass deutsche Kriegsgefangene noch im Jahre 1932 in der Hölle französischer Gefangenschaft schmachten und die die Verständigung mit diesem welschen Sadistenvolk predigen konnten. Zu verkünden aber auch: dass ein neues Deutschland nahe ist, das Reich des Herrn Hitler, der den Erbfeind zerschmettern, Versailles zerreissen und die deutsche Flagge wieder siegreich wehen lassen werde, in der Luft, zu Wasser und zu Lande und über allen Feinden.

Es war ein edler Wettstreit, zwischen Hitler und Hugenberg, zwischen der Hugenbergpresse und den Naziblättern, zwischen den Agitatoren der braunen und der schwarz-weiss-roten Häuser, wer des Daubmann würdiger sei und wo sein Geist wahrhaft wohne? Die Siegespalme errang dann jener Teil der Harzburger Front, der die Kinos besass und den besser zahlenden Verlag. Es war die "Ufa" des Herrn Hugenberg, die Daubmann in Wort und Bild durch alle Filmtheater schleifen konnte; es war die Presse des schwarz-weiss-roten Diktators,

die die furchtbaren Leiden des letzten deutschen Kriegsgefangenen ihren Lesern als Abendkost vorsetzen durfte. Vierzehn lange Jahre war er in glühender Tropenhitze in einer Einzelzelle auf Zement angeschmiedet, und wer an der Erzählung zweifelte, war ein Lump und Vaterlandsverräter und nicht viel mehr wert, als die französische Regierung, die weder einen Kriegsgefangenen noch einen Sträfling Daubmann ermittelt hatte.

Endingen, der angebliche Heimatsort von Daubmann, war zu einem nationalen Wallfahrtsort geworden. Zehntausende waren zum Empfang erschienen, alle Kriegervereine hatten mobil gemacht. Zu Tausenden und Abertausenden kamen die Menschen an jedem Sonntag in das badische Dorf. Daubmann zog von Versammlung zu Versammlung, von Vortrag zu Vortrag. Sammlungen wurden veranstaltet, "seinen Lebensabend sicherzustellen", Hitler erwies an Daubmann die Richtigkeit seiner Politik und wie notwendig es sei, siegreich den Marxismus und Frankreich zu schlagen. Gymnasiasten und Studenten, deutsche Frauen und Mädchen erbaten seine Photographie mit Unterschrift; der Donnerhall brauste und alle nationalen Herzen schlugen höher!

Was aber Eltern, Kameraden und Nachbarn des angeblichen Daubmann immer bezweifelt haben, das ist heute wahr geworden: "Daubmann" sitzt in der Tat im Gefängnis, zwar in keinem französischen sondern in einem deutschen. "Daubmann" ist nicht Daubmann sondern der langgesuchte Betrüger und Schwindler Hummel.

Zweimal ist bereits das nationalistische und militaristische Deutschland das Opfer und das Gespött eines genial angelegten Schwindels geworden. Vor dem Kriege, durch den Hauptmann von Köpenick. Nach dem Kriege, durch Domela, den falschen Hohenzollernprinzen. Der dritte Fall heisst "Oscar Daubmann". Wären die wahrhaft Leidtragenden nicht die beklagenswerten armen Eltern aus Endingen, deren einziger Sohn an der Westfront gefallen ist, der falsche Daubmann könnte ebenso unsere Sympathie erlangen, wie der falsche Hauptmann von Köpenick und sein Nachfolger Domela. Denn stets waren die Betrüger nur die geschickten Nutznieser einer Konjunktur und eines Systems. Es ist der Militarismus, die Anbetung und Allgewalt einer Uniform, der Obrigkeitsstaat, ohne die ein Hauptmann von Köpenick und seine Tat undenkbar gewesen wären. Es war die Untertanendemut, nationalistische und monarchistische Spiessersehnsucht nach Prinzen und Titel, die einem gut nachgeahmten, vertrottelten Hohenzollernprinzen die Häuser, die Herzen und die Geldbeutel öffnete, damit sich ein armer Schlucker und Abenteurer nach Belieben bedienen konnte. Es ist der nationalistische und militaristische Wahn, der einen "Daubmann" erzeugt, ihn gerade zu aufgefordert hatte, seine Rolle zu spielen, eine grosse intelligente Nation monatelang in die Irre zu führen und dem Gelächter der Welt preiszugeben. Der wahre Schuldige und Macher und der wahre Betrüger, das ist nicht "Daubmann", das ist der nationalistische Terror, hervorgerufen durch die nationalistischen Parteien, durch ihre Presse und durch ihre Agitatoren. Der Marxismus, der Friede und die Verständigung der Völker sollten getroffen werden. Getroffen worden ist aber nur das System der Kriegstreiber und Völkerverhetzer.

SPD. Kassel, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Dr. Herbert Stadler ist aus der Staatspartei ausgetreten. Dieser Schritt des verantwortlichen Leiters der Stadt Kassel kommt umso überraschender, als Dr. Stadler immer als unentwegter Republikaner und Anhänger der Weimarer Koalition galt. Ist auch er, wie es im Zuge der Zeit liegt, rechtzeitig und rechtsseitig ausgestiegen um beim Papen-Bracht-Kurs nicht auf der Strecke zu bleiben?

SPD. Dresden, 12. Oktober (Eig. Drahtb)

Mit grossem Alarm hatten die Nationalsozialisten in Dresden eine grosse Mittelstandskundgebung angekündigt. Zu dieser erschienen, abgesehen von den uniformierten Mitglieder der Partei, dem Vorstand und den Rednern, ganze 41 Personen. Das "Dritte Reich" zieht nicht mehr.

SPD. "Hitler wie ihn keiner kennt" ist der Titel eines Bilderbuches und Photographie-Album, das vom Reichsjugendführer des Braunen Palais in München herausgegeben wurde. "In keinem deutschen Heim darf es fehlen", schrienen die Naziblätter von dieser aus Kokottenparfum und Verlogenheit, aus Oel und Nudelschleim fabrizierten Hitlerpropaganda. Die Zuckergestelle von Wilhelms II. Berliner Siegesallee sind erhabene Kunstwerke gegenüber diesem ekelerregenden und widernatürlichen Hitlerkitsch. Vom frommen Beter Adolf, über dessen Haupt ein Kreuz schwebt und der mit gefalteten Händen die Kirchentreppe herabschreitet bis zum Tierfreund Hitler, alles ist da. Selbst sein Kinderherz ist nicht vergessen, und nach dem Motto: "Lasset die Kindlein zu mir kommen", wird er als Kinderliebhaber und Kinderliebbling gezeigt, wie er mit ihnen spielt, spricht tändelt und scherzt, wie er sie lehrt und erzieht und wie sie ihm Blumen bringen.

"Hitler und die Jugend", "Hitler und die Kinder", das war das Paradestück der Nazipropaganda, und keine Versammlung der vergangenen Wahlen, bei der nicht weissgekleidete Kinder mit Blumen zum Empfang bestellt und gestellt gewesen wären. Dass aber die Väter zahlloser deutscher Kinder von den SA-Banden dieses Hitler ermordet und erschlagen worden sind, dass dieser von der Schwerindustrie und den Junkern ausgehaltene braune Oberosaf aus der Tschechoslowake für seine Terrorarmee von Hindenburg drei Tage Mordfreiheit gegen die Arbeiter und Republikaner verlangt hatte, zur "Umlegung" von einigen Zehntausend Familienvätern, das ist der Hitler, wie er noch in keinem Propagandabuch gezeigt worden ist, wie er aber niemals von der deutschen Arbeiterklasse vergessen wird.

Jetzt hat sich zu dem blutbefleckten Hitler der intellektuelle Urheber des Potsdamer Kindermordes gesellt. Zehntausende von Kindern waren am 1. Oktober zum "Hitler-Jugendtag" nach Potsdam dirigiert worden. Aus allen Teilen Deutschlands sind diese zum grössten Teil sechs- bis zwölfjährige Mädchen und Knaben herangeschleppt worden. Selbst aus München mussten sie kommen, meist in offenen Lastwagen, bepackt mit Tornistern, um Parade zu stehen und andem grossen Adolf vorüberzuziehen. Am Paradedag ist diese skrupellos missbrauchte Jugend vom Morgen bis in den Abend über die Potsdamer Pflastersteine geschleift worden, 15 Kilometer hin und her! Zahllose sechs- und siebenjährige Kinder konnten sich auf dem Rückweg nicht mehr aufrecht halten und mussten getragen werden. Hunderte von Kindern blieben auf dem Bürgersteig liegen. Teilweise ohne Decken lagen diese Kinder nachts in der Luftschiffhalle und in kalten Baracken unter dürftigen Zelten und auf dem Exerzierplatz, teilweise übernachteten sie im Freien auf Bänken und im Chausseegraben. Am Morgen des Paradedages war nicht einmal ein Frühstück für sie gerichtet keinen warmen Bissen haben die Kinder tagsüber bekommen, abends sind sie fechtend durch die Arbeiterquartiere von Potsdam gezogen, um ein gespendetes Stück trocknes Brot haben sich Dutzende von Kindern gerauft, weinend und frierend wurden sie bereits aus den Lastwagen heruntergereicht, das ist dieser Hitler, wie ihn wahrhaft noch keiner gekannt hat. Um die Kinder zu beruhigen, liess er die Mär verbreiten, er schlafte mit Kindern in einem der Zelte, während er in Wirklichkeit mit seinem Stab im Hotel sass, gut ass und auf Daunenfedern eine schöne Nacht verlebte.

Mehr als hundertundzwanzig Kinder mussten krank und hochfiebernd in die Potsdamer Krankenhäuser gebracht werden. Zwei von diesen Kindern sind jetzt gestorben, über siebzig liegen immer noch im Hospital. Bei den meisten lautet die Diagnose: Lungenentzündung! Aus vielen Orten und Städten im Reich

wird ferner berichtet, dass dort zahlreiche Kinder völlig erschöpft und mit Lungen- und Halsentzündung zurückkamen. Derartige Meldungen kommen vor allem aus Thüringen, wo das Naziministerium den Kindern schulfrei gab, damit sie am Hitlertag teilnehmen konnten.

Das ist das Ende der Kindertragödie und des Kindermissbrauchs von Potsdam. Wo ist der Staatsanwalt, der Herrn Hitler und seine Kumpane in den Braunen Häusern zur Verantwortung zieht?

SPD. Leipzig, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Eilbrief, den Otto Braun gegen die frechen Behauptungen des deutschen nationalen Ministerialdirektors an den Reichsgerichtspräsidenten Bunke gerichtet hat, hat den schnarrenden Reichsvertreter endlich gezwungen, einen Rückzug anzutreten.

Der Reichsvertreter Gottheiner musste in der Mittwoch-Sitzung des Staatsgerichtshofes zugestehen, dass Braun sich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung nach seinen Gehaltsbezügen erkundigt habe. Aber etwas muss doch hängen bleiben, deshalb betonte er nochmals, Braun habe sich bei der "preussischen zuständigen Stelle" erkundigt, habe schriftlich Auskunft erhalten, und diese Auskunft wurde dann telephonisch bestätigt. Heute allerdings erinnert sich der Beamte, mit dem Braun telephonierte, des Wortlauts nicht mehr genau. Deshalb könne er, Gottheiner, die Behauptung, Braun habe sich über die Gehaltsregelung "hoch befriedigt" geäußert, nicht mehr aufrechterhalten. Damit hat dieser glorreiche Rechtsvertreter offen zugegeben, dass er Büroklatsch einem Gericht vortrug, das über die höchsten Interessen des Reiches und seiner Länder eine geschichtliche Entscheidung zu treffen hat! Büroklatsch als Tatsachenersatz: das kennzeichnet die ganze Beweisführung der Papen-Regierung! Es war sicher mehr als "sitzungspolizeiliche" Rüge, wenn der Präsident des Staatsgerichtshofes im Anschluss an den Rückzug Gottheiners noch einmal deutlich unterstrich, dass die ganze Erzählung über Braun überhaupt nicht hätte vorgebracht werden dürfen.

In der Fortsetzung der Verhandlungen über die theoretischen Anwendungsmöglichkeiten des Ausnahmeartikels wurde von den Reichsvertretern der Universitätsprofessor Bilfinger aus Halle vorgeschickt, um die unhaltbare Stellung der Diktaturregierung zu verteidigen. Wenn man solche "Gelehrten"-Auslegungskünste miterlebt, dann kann man nur ein tiefes Bedauern um solche Art Wissenschaft empfinden! Bilfinger ist z.B. der Mann, der am 20. Juli eine "Gefahr im Verzuge" erfand, die die Reichsregierung ausserstande setzte, den Versuch einer Abhilfe durch das Land Preussen zu machen. Solche Gefahr im Verzuge sei offenkundig geworden durch eine Rede Grzesinskis in Magdeburg, die in der Öffentlichkeit als Aufforderung zur Verbrüderung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gedeutet wurde. Die Reichsregierung habe danach keine Zeit gehabt, sich zu überzeugen, ob die Rede auch wirklich so gehalten worden sei, wie sie in der Zeitungen stand. Sie musste rechtzeitig eingreifen....

Diese "wissenschaftliche" Methode, Tatsachen nachträglich zu konstruieren wurde sofort von dem preussischen Vertreter Dr. Brecht klar und sachlich scharf zurückgewiesen. Man könne nicht darauf verzichten, durch das Gericht festzustellen, ob am 20. Juli Pflichtverletzungen der preussischen Regierung vorlägen, die der Reichsregierung damals bekannt waren und als solche von ihr vor Gericht bewiesen werden konnten. Immer müsse verlangt werden, dass Pflichtverletzung eine schuldhaft Verletzung von Pflichten sei, und diese schuldhaft Verletzung müsse unter Beweis gestellt werden.

Im Anschluss daran nahm Professor Anschütz-Heidelberg die Gelegenheit wahr, noch einmal den Versuch zurückzuweisen, gewisse Äusserungen seines Verfassungskommentars nachträglich gegen seine Stellungnahme in Anspruch zu nehmen

SPD. Leipzig, 12. Oktober (Eig. Draht.)

Je weiter die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof fortschreiten, desto stärker kommen die Spannungen zum Ausdruck, die sich durch das Verhalten der Papenregierung angehäuft haben.

In der Mittwoch-Nachmittags-Sitzung erklärte der Vertreter des Reichs augenscheinlich auf besondere Instruktion aus Berlin, dass er es ablehne, Erklärungen über später mögliche Fälle der Anwendung des Artikels 48 abzugeben. Die Regierung könne sich nur an die Tatsachen halten, die zum Gegenstand der Klage geworden seien. "Die Reichsregierung lehnt es ab" - das ist fast jedes dritte Wort dieses Prozessvertreters in einer weltgeschichtlichen Situation.

Der bayerische Vertreter protestierte dagegen, dass die bayerische Regierung und ihre Klagevertretung durch den Reichsvertreter gewissermassen als Luft behandelt werde. Für Bayern handele es sich um grundsätzliche Fragen, die sich nicht nur auf die Vorgänge in Preussen beziehen, auch wenn sie von ihnen ausgelöst würden.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes benutzte die Gelegenheit zu der Feststellung, dass er keine Möglichkeiten prozessualer Art habe, Erklärungen von der einen oder anderen Seite zu erzwingen. In einem Fall, wo die Regierung des Reichs und der grössten Länder als Parteien vor Gericht erscheinen, könne der Vorsitzende selbstverständlich keine Art von Zensur gegen sie ausüben. Er könne nur bitten, und seine Gründe darlegen, die für diese oder jene Massnahme sprechen, aber einen irgendwie gearteten Zwang könne er nicht anwenden. Er bitte aber, um den Prozess wenigstens noch in dieser Woche zu bewältigen, um Selbstbeschränkung aller Beteiligten.

Man trat darauf in die Erörterung der Frage ein, welche Massnahmen auf Grund des Artikels 48 angewandt werden können und dürfen, wenn die an dem Tage vorher ausgiebig besprochenen Voraussetzungen dafür vorliegen. Der Vertreter Preussens legte in betonter Schärfe dar, dass es niemals zulässig sei, selbst eine widerspenstige Staatsregierung dauernd durch einen Reichskommissar zu ersetzen. Die Aufgabe der Reichsexekution könne nur sein, ein widerspenstiges Land zur Pflichterfüllung anzuhalten, nicht aber seine Regierung zu beseitigen. Schon bei der Reichsexekution in Sachsen 1923 sei es das Bestreben des damaligen Reichskanzlers Stresemann gewesen, so schnell als möglich eine neue verfassungsmässige Regierung einsetzen zu lassen, die an die Stelle des abgesetzten Ministeriums treten sollte. Deshalb sei die damalige Verordnung über die Reichsexekution binnen weniger Tage aufgehoben worden. Der Reichskommissar oder der mit der vollziehenden Gewalt betraute Militärbefehlshaber könne eine Landesregierung niemals bilden, so wenig wie er einen Landtag bilden könne, der verfassungsmässig sei. Es bestehe zwar die Möglichkeit, dass er, um eine Mehrheit zu gewinnen, einige Soldaten in den Landtag oder gar in den Reichsrat kommandiere. Diese könnten sogar für ihn den Finger aufheben - aber sie würden niemals Abgeordnete oder Reichsratsvertreter sein. Ihre Stimmen würden nicht gezählt werden können. Das Recht des Landes, sich selbst zu regieren und an der Verwaltung des Reichs im Reichsrat teilzunehmen, könne durch das Reich auch nicht durch Artikel 48 beseitigt werden.

Schliesslich machte Professor Heller noch in einer packenden Rede darauf aufmerksam, dass die Konfliktfragen, die hier erörtert werden, weder im Norddeutschen Bunde, noch im alten Reich, noch in Amerika, noch auch in der hundertlangen Praxis in der Schweiz jemals akut geworden seien. Dort habe eben immer das Bestreben bestanden, auftauchende Konfliktfragen schleunigst zu beseitigen. Und das unterscheide diese Vergangenheit von dem gegenwärtigen Fall, wo augenscheinlich die gegenteiligen Bestrebungen vorherrschend seien.

SPD. Hamburg, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem inneren Stadtgebiet von Altona kam es zwischen grösseren Abteilungen uniformierter SA und der Polizei zu grossen Auseinandersetzungen. Die SA-Leute, die in einzelnen Arbeiterstrassen politische Terrorakte verüben wollten, empfingen die einschreitenden Polizeibeamten mit Pistolenschüssen, rissen das Strassenpflaster auf und eröffneten ein Steinbombardement. Nach grösseren Absperrungsmassnahmen konnte die Polizei 37 an den Unruhen beteiligte Nationalsozialisten verhaften. Sie wurden dem Gericht zugeführt. Da sich die verhafteten Nationalsozialisten vorher ihrer Waffen entledigt hatten, fand man in den Strassen zahlreiche geladene Revolver, Zaunlatten, Stöcke und zahlreiche Wurfgeschosse.

Im Anschluss an diese Ausschreitungen wurden 7 SA-Leute dabei betroffen, als sie ineinigen Geschäften in der Göbenstrasse, darunter in dem Verkaufsladen der Konsumgenossenschaft "Produktion" die Fensterscheiben zertrümmerten. Die Polizei, die die Verfolgung der Täter aufnahm, konnte einen verhaften und dem Gericht zuführen.

SPD. "Wer sich in diesem Kampf nicht eindeutig hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes." (Papen in München)

Wahrlich herausfordernder hat selten ein Cäsar die Nation angeredet. "Ein Feind des Volkes", der nicht Beifall klatscht, wenn vier Milliarden an das Grosskapital verschenkt und $1\frac{1}{2}$ Milliarden jährlich den Rentnern und Witwen, den Kriegsbeschädigten und Arbeitslosen abgezwickelt werden! "Ein Feind des Volkes", wer nicht Hurra ruft, wenn die Löhne herabgesetzt und sich täglich in allen Städten ungezählte Menschen aus Hunger das Leben nehmen? "Ein Feind des Volkes", wer nicht einverstanden ist, dass den Besitzenden alles gegeben und dem Volke das winzige genommen werden soll, was ihnen an politischem und sozialen Recht noch geblieben ist! "Ein Feind des Volkes", wer lieber die von Last und Arbeit und Not ausgemergelte Hand des Arbeiters drückt, statt die parfümduftende, ringgeschmückte eines Hohenzollernprinzen. "Ein Feind des Volkes", wer in der Politik des Herrenklubs den sicheren Abgrund sieht?

Die Wahrheit ist, dass 95 % des deutschen Volkes nicht "der Feind des Volkes" sind, sondern Feinde des Herrenklubs!

SPD. Leipzig, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Mittwoch-Nachmittags-Sitzung des Staatsgerichtshofes gab der Vertreter Preussens gegenüber der telegraphischen Mitteilung des Reichsministers von Gayl folgende Erklärung Severings ab :

"In einer von dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl gewünschten Besprechung, die etwa Mitte Juni in meinem Amtszimmer im Preussischen Ministerium des Innern stattfand, bat mich Freiherr von Gayl, eine Wiederverwendung eines von ihm aus politischen Gründen zur Disposition gestellten Ministerialdirektors im preussischen Staatsdienst ins Auge zu fassen. Ich entgegnete ihm, dass bei dem Dienstrange eines solchen Beamten eine Verwendung als Oberpräsident in Frage käme. Ob es aber geraten sei, im Augenblick einen Wechsel in der obersten Vertretung einer Provinz vorzunehmen, das sei abhängig von der Frage, ob in der nächsten Zeit organisatorische Änderungen in der Verwaltung durchgeführt würden. Mich interessierte es deswegen sehr, die Absichten des Reichsministers des Innern zur Reichsverwaltungsreform zu erfahren.

So entspann sich eine längere Unterhaltung über Fragen der Verwaltungs-

reform, in deren Verlauf ich Freiherrn v. Gayl nicht nur über die Vorlagen des Innenministers unterrichtete, sondern ihm auch über meine Absichten zu ihrer zeitlichen Ausführung offen Auskunft gab. Freiherr von Gayl stimmte ausdrücklich zu, als ich der Meinung Ausdruck gab, dass es unzweckmässig sei, die Vorlagen vor den Reichstagswahlen durchzuführen, weil es eine alte Erfahrung sei, dass Änderungen der unteren Verwaltungsgebiete zu Verstimmungen und Erregungen führen, die man nicht ohne Not in Wahlzeiten führen solle.

Auf diese Weise dehnten sich nach meiner Erinnerung die Erörterungen auf polizeiliche Fragen und damit auch auf die Gerüchte über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussenaus. Wir besprachen die Unruhen der vorausgegangenen Tage, insbesondere gewisse Vorgänge im Westen, und ich sprach die Ueberzeugung aus, dass es der Polizei gelingen werde, der Unruhen Herr zu werden. Jedenfalls sei die Polizei trotz aller Zersetzungsversuche fest in der Hand der Regierung. Auf meine Frage, ob die Reichsregierung wirklich die Einsetzung eines Reichskommissars plane, habe ich eine bestimmte Antwort nicht erhalten. Doch gewann ich den Eindruck, dass Herr von Gayl die Ausführung eines solchen Planes, wenigstens im Augenblick, nicht beabsichtigte. Darin habe ich ihn bestärkt unter wiederholten Hinweisen auf die Organisation und Pflichttreue der Polizei, die auch noch grösseren Ausschreitungen gewachsen sein würde. Die politische gesunde Lage beurteile ich so - habe ich weiter ausgeführt - dass die Wahl des 31. Juli einen nicht arbeitsfähigen Reichstag ergeben werde. Wenn daraus grössere Unruhen entstünden, dann kann ich mir sehr wohl vorstellen, dass das Reich zu ihrer wirksamen Abwehr die eigenen Machtmittel mit den Polizeikräften des grössten Gliedstaates zusammenfassen würde. Das Reich habe für eine derartige Massnahme dann eine viel günstigere physiologische Situation, als wenn es ohne rechtlichen Grund gegen Preussen vorgehe. Ich habe diesen Ausführungen die weitere Bemerkung angefügt, dass nach meiner Meinung dann nicht die Einsetzung eines besonderen Reichskommissars, sondern eine Personalunion zwischen dem Reich und Preussen die zweckmässigste Massnahme darstelle. Mir schwebte dabei ein Plan vor, der vor einem Jahre zwischen dem Reichskanzler Brüning und dem Ministerpräsidenten Braun erörtert worden war. Bei allen diesen Ausführungen habe ich selbstverständlich nur an eine Zusammenfassung von Polizeikräften unter einen Beauftragten des Reiches gedacht, nicht aber an einen Kommissar, der Minister absetzt, Beamte absägt und Verwaltungsmassnahmen trifft, die mit der Sicherheit, Ruhe und Ordnung nicht das mindeste zu tun haben. Niemals ist mir eingefallen, Herrn von Gayl zu Exekutivmassnahmen gegen das Reich Preussen zu drängen und dazu, unter dem Vorwand der Pflichtverletzung, preussische Minister und Beamte aus ihren Aemtern zu entfernen, die in Jahren der schwersten Bedrängnis des Volke ihre Pflicht getan haben."

SPD. Braunschweig, 12. Oktober (Eig. Dr.)

Ein jung verheirateter Nationalsozialist, Insasse eines nationalsozialistischen Arbeitslagers bei Lutter am Bahrenberge war im Verlauf einer blutigen Schlägerei unter Nazis derart schwer am Kopf verletzt worden, dass er jetzt im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen ist. Der Täter wurde verhaftet. Die Nazi-partei wollte an der Beerdigung teilnehmen, um den Tod ihres Parteimitgliedes agitatorisch auszubenten. Die Angehörigen des Erschlagenen verweigerten jedoch die Beteiligung.

SPD. Hamburg, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Hamburger Justizpressestelle teilt mit: "Der Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg hat am Mittwoch nach Leistung von Bürgschaften in Höhe von mehr als einer Million Reichsmark die im Juli 1931 angeordnete Untersuchungshaft gegen den früheren Generaldirektor der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarn-Spinnerei A.G. in Bremen Carl Lahusen aufgehoben, weil kein Fluchtverdacht mehr besteht und auch keine Verdunkelung mehr zubefürchten ist."

SPD. London, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Heftige Arbeitslosenunruhen in Belfast, die am Dienstag einen Toten - einen unbeteiligten Zuschauer - sowie zahlreiche Verletzte und Verhaftungen zur Folge hatten, nahmen am Mittwoch ihren Fortgang. Wieder versuchten die Demonstranten Barrikaden zu errichten, wieder wurde die Polizei mit einem Hagel von Steinen empfangen, wieder fielen Schüsse und wieder wurden in der Nacht zum Mittwoch die Strassen für den Verkehr gesperrt. Nur auf die ständige Bereitschaft der Polizei in Stärke von 3000 Mann ist es zurückzuführen, dass den Zusammenstößen nicht Plünderungen von Läden erfolgten. Unter den Revolver der Polizei wurden die Demonstranten gezwungen, die aufgerissenen Strassen wieder auszubessern.

Am Mittwoch begannen Besprechungen mit dem Ziel, den Grund für die Unzufriedenheit zu beseitigen, die zu den geschilderten, für England äusserst ungewöhnlichen Auswüchsen führte. Ist die Erbitterung besonders über den Bedürftigkeitsnachweis der Arbeitslosen auch in England weitverbreitet, so bestehen doch in Nordirland besondere Gründe für die Unzufriedenheit, da die dortigen Unterstützungssätze unter den in England gezahlten liegen. In den Protestkundgebungen, deren Verhinderung durch die Polizei die Strassenkämpfe vom Dienstag und Mittwoch zur Folge hatten, verlangten die Arbeitslosen nicht mehr als die Gleichstellung mit England. Die Notstandsarbeiten, mit denen die Stadtbehörde Arbeitslose, die keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung haben, beschäftigt, werden mit 8 Schilling (etwa 6 Mark) pro Tag bezahlt bei einer durchschnittlichen Arbeitsdauer von $2\frac{1}{2}$ Tagen pro Woche. Ein Arbeiter, der aus anderer Quelle 10 Schilling bezieht, darf nur einen Tag arbeiten, sodass sein Einkommen nur 18 Schilling pro Woche beträgt. Die Armenunterstützung beträgt pro Kopf 4 Schilling mit einem Maximum von 24 Schilling für eine Familie.

SPD. Genf, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Aussenminister hat dem Präsidium der Abrüstungskonferenz mitgeteilt, dass er vorläufig nicht zu einer Aussprache nach Genf kommen könne. Die Reichsregierung habe inzwischen die offizielle Einladung Englands zu einer Viermächte-Konferenz angenommen. Er sei deshalb nicht in der Lage zurzeit andere Dispositionen zu treffen.

SPD. Das in Berlin von ehemaligen Naziführern herausgegebene Blatt der Nazi-Opposition wird den Braunen Häusern von Woche zu Woche unbequemer. Ein Beweis für die verheerende Wirkung der Enthüllungen über Goebbels und andere Nazigrössen.

In seiner neuesten Ausgabe veröffentlicht das Oppositionsblatt im fetten Sperrdruck einen Notschrei gegen die vom Braunen Haus in Berlin vorbereitete Feme gegen den Hauptschriftleiter Wilhelm Klute. Ueberfalltrupps sollen bereits gegen ihn und andere Oppositionsleute organisiert sein und die Bedrohten wis-

sen sich nicht anders zu helfen, als mit der Drohung, neues "vernichtendes Material" zu veröffentlichen, wenn einem ihrer Leute etwas geschehe. "Wenn die Partei keine Neigung hat", heisst es am Schlusse der Warnung, "eine zweite Affaire Röhm zu erleben, so ist es notwendig, sich zu anständigen Formen des Kampfes zurückzufinden."

Es duftet weiter aus den Braunen Häusern.

SPD. Danzig, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der von den Nationalsozialisten mit Unterstützung der Kommunisten gestellte Antrag auf Auflösung des Volkstages wurde in der Mittwochsitzung mit 46 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Die Sozialdemokratie sprach sich gegen den Antrag aus, da ihr nicht nur der jetzige Zeitpunkt wegen der besonderen ausserpolitischen Verhältnisse für Neuwahlen nicht geeignet erscheint, sondern sie auch die innerpolitische Entwicklung abwarten will, die sich aus der Beseitigung des bisherigen Abhängigkeitsverhältnisses der Regierung von den Nationalsozialisten ergibt. Bemerkenswert ist, dass von der 13 Mann zählenden nationalsozialistischen Fraktion 5 nicht für den nationalsozialistischen Auflösungsantrag stimmten.

SPD. Düsseldorf, 12. Oktober (Eig. Dr.)

Sämtliche Nazi-Wahl-Versammlungen im Stadtbezirk Düsseldorf sind auf Anordnung des Polizeipräsidenten bis einschliesslich 16. Oktober verboten worden. Als Grund wird das provozierende Verhalten der SA-Leute in den bisherigen Naziversammlungen angegeben.

SPD. Weimar, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Weimar sind in den letzten Wochen nicht weniger als 134 Mitglieder aus der Nazi-Partei ausgetreten. Diese Austrittsbewegung hält hoch an. Die Ursache hierfür dürfte nicht nur in der Reichspolitik zu suchen sein, sondern vor allem in der thüringischen Politik. Den grossen Versprechungen, die die Nazis der Bevölkerung vor der Wahl gemacht haben, folgen keine Taten. Die notleidende Bevölkerung erwartet aber Taten in sozialer Beziehung, nicht nur Beförderungen von Nationalsozialisten in gut bezahlte Beamtenstellen.

SPD. Dessau, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der negative Erfolg der Wirtschaftsankurbelung durch Papen zeigt sich jetzt auch in der anhaltischen Stadt Zerbst, wo Arbeiterentlassungen die Folge der Kontingentierungspolitik der Reichsregierung sind. Zerbst ist der Sitz der Fieberthermometer-Industrie, die besonders stark auf den Export angewiesen ist. Eine Firma hat bereits 35 Facharbeiter entlassen; der Belegschaft einer zweiten Firma, 40 Mann stark, steht in den nächsten Tagen das gleiche Schicksal bevor. Beide Firmen erklären, dass die Abwehrmassnahmen Italiens gegen Deutschland, die Devisensperre, zur Folge hat, dass die Firmen ihre Fieberthermometer in Italien nicht mehr absetzen können.

Diese und ähnliche Entlassungen zählt Herr v. Papen freilich nicht mit, wenn er sich der Erfolge seiner Wirtschaftsankurbelung rühmt.

SPD. Schwerin, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Oberlandesgericht in Rostock hat einen Teil der mecklenburgischen Besoldungsordnung vom Februar 1931 für ungültig erklärt und zwar soweit es sich um Niedrigergruppierungen und die Streichung von Zulagen handelt.

Das nationalsozialistische Regierungsorgan knüpft an dieses Urteil die vielsagende Bemerkung, dass die Mehrbelastung, die bei der Staatskasse durch das Urteil des Oberlandesgerichts entstehe, nur durch allgemeine Gehälterkürzungen ausgeglichen werden könnte. Eine derartige Begründung für bevorstehende Gehälterkürzungen, von denen es im nationalsozialistisch regierten Mecklenburg schon seit einigen Wochen spukt, ist völlig abwegig, da die Nachzahlungen auf Grund des Rostocker Urteils nur den selbst für mecklenburg-schwerinsche Verhältnisse sehr geringen Betrag von etwa 80 - 100 000 Mark ausmachen.

SPD. London, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Verträge von Ottawa sind am Mittwoch veröffentlicht worden. Kanada gibt auf 79 Positionen seines Zolltarifs die englische Einfuhr frei; bei 73 Positionen wird der Zoll für die englische Einfuhr gesenkt und bei 83 Positionen wird die Präferenz erweitert durch Erhöhung der Zölle auf die nicht-britische Einfuhr. Ähnliche Abmachungen sind mit Australien, Neuseeland und Afrika getroffen worden. Ihre Tragweite wird sich erst nach eingehendem Studium des umfangreichen und komplizierten Vertragswerks beurteilen lassen.

SPD. Paris, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Meldung der "Chicago Tribune", wonach Francois Poncet um seine Enthebung von dem Botschafterposten in Berlin gebeten habe, wird in einer halbamtlichen Mitteilung dementiert.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Die alte Herrlichkeit.

Von Rudolf Breitscheid.

SPD. In dem Goldenen Buch der Stadt München, in das Wilhelm II. einmal den Satz eingetragen hat: "Des Königs Wille ist höchstes Gesetz", prangt seit zwei Tagen auch der Name des Herrn v. Papen. Ob der derzeitige Reichskanzler seiner Unterschrift so wie der Mann, der früher an der Spitze des Deutschen Reiches stand, einen Sinnspruch hinzugefügt hat, wissen wir nicht. Aber er hat die Gelegenheit des feierlichen Aktes benutzt, um im Münchener Rathaus eine Ansprache zu halten und dort als sein Ziel die Wiederherstellung des Reiches in seiner alten Herrlichkeit zu bezeichnen.

Worin bestand die Herrlichkeit des alten Reiches? Die Kreise, die hinter Herrn v. Papen stehen, werden mit der Antwort nicht zögern. Was ihnen das alte Reich lieb und wert machte, war seine monarchische Verfassung, war seine obrigkeitsstaatliche Gestaltung, in der das Parlament nur eine mehr oder weniger dekorative Rolle spielte. Die Herrlichkeit des alten Reiches, das war das verkümmerte Wahlrecht in den Einzelstaaten, das war die vom Adel durchgesetzte und beeinflusste Bürokratie, das war die unbeschränkte Herrschaft des Kapitalismus unter besonderer Bevorzugung des agrarischen Unternehmertums, das war der Militarismus mit seinen Ansprüchen auf unbeschränkte Rüstungsfreiheit und absolute Wehrhoheit.

Herr v. Papen wird wohl kaum gewillt sein, sich in seiner Auffassung von den alten Herrlichkeiten von seinen eigenen Anhängern zu distanzieren. Nicht gewillt und nicht imstande, denn in der Rede, die er am Mittwoch vor den bayerischen Industriellen gehalten hat, kommen die Sehnsüchte nach allem, was gewesen ist, deutlich genug zum Ausdruck.

Freilich, von der Wiederherstellung der Monarchie wird nicht gesprochen, und eben erst hat ja die Reichsregierung aufs Energischste in Abrede gestellt, dass sie mit den vom "Vorwärts" wiedergegebenen Ideen des ehemaligen deutschen Kronprinzen etwas zu tun habe. Schön, aber der Reichskanzler und seine Ministerkollegen werden ihre grundsätzlich monarchistische Gesinnung nicht in Abrede stellen, und das wäre ein sonderbarer Schwärmer, der nicht den Willen hätte, seine monarchistische Überzeugung in die Tat umzusetzen, sobald er dazu die Möglichkeit und die Macht besitzt. Wer ausserdem für sich selbst und seine Regierung so etwas wie ein Gottesgnadentum in Anspruch nimmt, der wird jederzeit bereit sein, der Monarchie einen noch höheren Anspruch auf die Ableitung ihres Rechtes aus der göttlichen Weltordnung zuzugestehen. Alles andere, was unter Herrlichkeit des alten Reiches verstanden werden kann, klingt in der Rede vor den Industriellen jedenfalls deutlich genug an.

Es soll eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt geschaffen werden, die sich von den politischen und gesellschaftlichen Kräften nicht hin- und her treiben lässt. Das ist klar genug. Die Regierung soll losgelöst werden von dem Willen des Volkes und der Volksvertretung, Sie soll ihre Daseinsberechtigung sozusagen in sich selber finden. Der grundlegende Artikel der Weimarer Verfassung, wonach die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, ist damit beseitigt.

Wenn an anderer Stelle gesagt wird, dass das Volk ganz anderer Meinung sei als die Parteien des Reichstages, so hat Herr v. Papen den Versuch der Feststellung dieses Gegensatzes ja bereits am 31. Juli gemacht. Er ist von seinem Standpunkt gesehen durchaus missglückt, und der 6. November wird in dieser Beziehung kein anderes Ergebnis haben. Diese Berufung auf das Volk ist ebenso abwegig und ebenso widersinnig wie jener Satz, in dem verheissen wird, dass die machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volk gebracht werden müsse. Es wäre jedenfalls mutiger und deshalb anerkannterwerter gewesen, wenn der Mann, den ein unglücklicher Zufall an die Spitze des Kabinetts gebracht hat, offen und rückhaltlos das Ende der Demokratie und das Ende des Parlamentarismus verkündet hätte.

Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hat sich Herr v. Papen dann

wieder über die Gestaltung des Wahlrechts ausgesprochen. Den Ländern könne freie Hand in der Gestaltung des Gemeindewahlrechts gegeben werden, und es sei denkbar, den Wünschen der Länder für den Ausbau des Landeswahlrechts Rechnung zu tragen. Hier dämmert also am Horizont die Wiedereinführung eines Klassen- und Zensuswahlrechts mit seiner brutalen Entrechtung der Arbeiterklasse. So war es einst, und so soll es wieder werden. Dass auch ohne eine solche "Reform" die Macht der Bürokratie und ihre Führung durch den Adel wieder errichtet werden kann, haben wir gerade in Preussen zu sehen Gelegenheit gehabt. Ueber diesen Punkt also konnte der Mann, der uns wieder einmal herrlichen Zeiten entgegenführen will, in München schweigen.

Entrechtung des Volkes auf dem Wege über eine Verfassungsänderung, das ist das Ziel. Und wenn Herr v. Papen seinen Absichten eine andere Begründung gibt, so weiss man nicht, ob man seinen Mut oder seine Verständnislosigkeit bewundern soll. Ohne stetige politische Verhältnisse, so sagt er, könnten Handel und Wandel nicht gedeihen. Die Weimarer Verfassung habe aber gezeigt, dass sie solche Verhältnisse nicht zu schaffen vermöge. Die Weimarer Verfassung soll also schuld an der Wirtschaftskrise sein. Nicht der Kapitalismus, sondern die Demokratie. Welches Mass von staatsmännischer Einsicht! Und glaubt nun etwa der Reichskanzler, stetige Verhältnisse schaffen zu können durch immer wiederholte Auflösungen des Parlaments, durch den Abbau der sozialen Leistungen und der Löhne, durch Verfassungsänderungen, die die Arbeiterschaft entrechteten?

Doch es ist müssig, solche Fragen zu stellen. Herr v. Papen ist von sich selbst und der Richtigkeit seiner Politik absolut überzeugt. Er schmeichelt sich, mit seinem Wirtschaftsprogramm den Stein der Weisen gefunden zu haben. Er rühmt seine verfassungspolitischen Pläne und er droht mit starken Worten denen, die nicht so wollen, wie er will. Er nennt es ein Verbrechen, sein Aufbauprogramm geistig oder materiell sabotieren zu wollen. Er will mit drakonischer Schärfe gegen diejenigen einschreiten, die durch Wahlrück-sichten geleitet dem Volk das Vertrauen in den Aufbau der Nation rauben. Warum sagt er nicht gleich mit Wilhelm II.: Schwarzseher dulde ich nicht! Warum kopiert er sein Vorbild nicht mit der Versicherung, dass er jeden, der sich widersetzt zerschmettern will?

Ist Herr v. Papen sich wohl darüber im klaren, was er mit seinen Ankündigungen und mit seinen Drohungen - um nicht zu sagen mit seinen Provokationen - erreicht? Sie werden den Widerstand aller derer, deren Rechte in Gefahr stehen und vor allen denjenigen, die die Demokratie um des Sozialismus willen zu verteidigen bereit sind, bis zum äussersten steigern. Es werden alle Kräfte angespannt werden, um die unerhörten Pläne des Kabinetts der Barone zu nichte zu machen und das Kabinett selber von seinem Platze zu entfernen. Wenn uns eine Parole für den 6. November und für die Zeit nach diesem Termin gefehlt hätte, Herr v. Papen hat sie uns jetzt gegeben: Fort mit den Herrlichkeiten des alten Reiches! Hinweg mit ihren Aposteln! Es lebe die Demokratie! Es lebe der Sozialismus!

SPD. Paris, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)

Herriot ist am Mittwoch Nachmittag in Begleitung seines Kabinettschefs Alphand und des stellvertretenden Kabinetschefs Ray nach London abgereist. Fast alle in Paris anwesenden Kabinettsmitglieder waren auf dem Bahnhof erschienen, um sich von Herriot zu verabschieden. Als sich der Zug in Bewegung setzte, wurde von dem auf dem Bahnsteig anwesenden Publikum "Es lebe Herriot" und "Es lebe der Friede" gerufen.

In einem Ministerrat hat Herriot am Mittwoch Vormittag eingehend über den Stand der Abrüstungsfrage und den Zweck seiner Londoner Reise Bericht erstattet. Kriegsminister Paul Boncour setzte den neuen französischen Abrüstungsplan auseinander, der am Dienstag Nachmittag in Genf die Zustimmung der Länder der Kleinen Entente sowie Belgiens, Polens und Griechenlands gefunden hat.

Die Welt

Das gestohlene Leben.

Schneider Hummel kommt aus dem Krieg - die Entlarvung des "Kriegsgefangenen Oskar Daubmann" - Der "Held" von Endingen.

SPD. Wenn sich zwei Hamburger irgendwo in der Welt begegnen, dann ruft bestimmt der eine "Hummel, Hummel!" und der andere antwortet dann "Mors, Mors!" Der Scherz hat seine Geschichte: Hummel war ein altes Hamburger Original; wenn ihn die Kinder auf der Strasse durch Zuruf seines Namens neckten, dann antwortete er mit dem Rufe "Mors, Mors", der ins Hochdeutsche so viel heisst wie "Götz von Berlichingen".

Als der nunmehr entlarvte falsche Kriegsgefangene "Oskar Daubmann" am Dienstag vom Polizeirat Riedingen von der Landespolizei Karlsruhe mit den Worten begrüsst wurde: "Guten Tag, Herr Hummel", da fiel allerdings dem kühnen Oskar eine schlagfertige Antwort nicht ein, weder die sprichwörtliche hamburgische noch eine andere: "Daubmann" war vollkommen niedergeschlagen darüber, dass man ihn endlich als den erkannt hatte, der er ist: als den im Jahre 1898 in Oberwiel bei Baden (Schweiz) geborenen Karl Ignaz Hummel. Das Märchen vom letzten Heimkehrer, das so romantisch schön klang und der nationalistischen Hetzpresse so gelegen kam, ist damit zusammengebrochen. Mit ihm ein schmachlich getäuschte greises Elternpaar...

Karl Ignaz Hummel ist von Beruf Schneider. Schwindeleien, die er sich zu schulden kommen liess, brachten ihm wiederholt Gefängnisstrafen ein, gleichzeitig aber auch Kenntnisse des Gefängniswesens, die ihm jetzt bei seinem genialen Streich nicht wenig zustatten kamen. Wegen anderer Schwindeleien, die ungesühnt blieben, wurde Hummel von der Polizei gesucht. Besässe sie nicht einen Fingerabdruck, so hätte sie ihn wohl kaum je überführt. Erst der Abdruck hat Hummel richtig in Druck gebracht.

Es war dem Kriegsgefangenen "Daubmann" durchaus nicht leicht zu widerlegen, dass er Daubmann sei. Die Zweifel, die in seiner barockschönen Kaiserstühler Heimatstadt Endingen bei seiner Rückkehr nach angeblich 15jähriger Gefangenschaft in Afrika auftauchten, wurden von der patriotischen und romantischen Suggestion, der fast alle erlagen, erstickt. Gewiss, die Eltern erkannten ihren Sohn nicht wieder, aber das Glück der Hoffnung, dass er es doch sein könne, machte sie allmählich zu Opfern der schönen Illusion. In Endingen selbst zeigte sich "Daubmann" nur selten; besonders die Nachbarn, die den echten, der während des Krieges an der Westfront gefallen ist, kannten, bekamen ihn kaum zu Gesicht. Bei der Zusammenkunft mit Regimentskameraden sprach der Schwindler wenig; er kahlte die anderen von Daubmann I., so hörte Daubmann II. gut zu und erfuhr allmählich alles, was er brauchte, um das andere Leben zu seinem zu machen. Die Wahrheit, die er erfuhr, wurde so seine Lüge. Auch wusste er ohnedies schon viel, was sich in den Schwindel einbauen liess, denn - "Daubmann" hat mit seinem Freunde Oskar Daubmann in den Jahren 1909 und 1910 gemeinsam die Volksschule in Endingen besucht, gemeinsam mit dem Freunde Knabenstreiche ausgeheckt, gemeinsam im Hause der Eltern Daubmanns gespielt.

Es klingt im übrigen nicht unglaublich, wenn Christian Hummel versichert, dass ihm der Schwindel "allmählich zu dumm" wurde, zumal er ihn längst nicht in diesem gigantischen Ausmasse geplant hatte, den er im Laufe der Zeit annahm. Hummel hat im Mai 1932 in Offenburg sein Geschäft, das nicht mehr ging, und sei-

ne Frau, die er wohl nicht mehr liebte, verlassen, sich auf sein Fahrrad gesetzt und ist über die Schweiz und Oberitalien bis nach Neapel gefahren. Die Unmöglichkeit, auch hier leicht zu Geld zu kommen, mag ihn ebenso wie ein natürliches Heimweh auf den Gedanken gebracht haben, sich die Rückreise zu erschnorren; er ging aufs deutsche Konsulat und tischte hier das Märchen, mit dem er später halb Deutschland verblüffte, auf: die Erzählung seiner Verwundung in der Sommeschlacht, seiner Gefangennahme, missglückten Flucht, Verurteilung zu 20 Jahren Zuchthaus, Verbringung eines Teils der Strafhaft in einer französischen Strafanstalt in Nordafrika und seiner abenteuerlichen Wanderung durch die Wüste... In Wirklichkeit kennt Hummel Afrika nur aus Büchern und von Ansichtskarten, die Not der Kriegsgefangenschaft nur aus Erzählungen. Hummel wurde die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht. Die Ausreise aus Deutschland, die er bald plante, wurde ihm indes durch den Aufruhr des Jubels, das Interesse der Öffentlichkeit, die feiernden Empfänge, die seinetwegen veranstaltet wurden - besonders festlich ging es bei einer Motorsternfahrt der badischen Nationalsozialisten zu - unmöglich gemacht. Unabhängig von dem Kriegsgefangenen Oskar Daubmann, den seit dem Jahre 1916 bereits die Erde Frankreichs deckt, nahm die "Affäre Daubmann" selbständiges nationales Leben an. Und das Bild des Heimkehrers, bisher nur im Verbrecheralbum vertreten, erschien mit sentimental Begleittexten in allen illustrierten Blättern.

Allmählich tauchten Zweifel auf. Der Zentralnachweis für Kriegsvermisste in Spandau zeigte sich skeptisch. Das französische Aussenministerium, das an der restlosen Aufklärung des Falles aus naheliegenden politischen Gründen grösstes Interesse zeigte, erklärte, dass Oskar Daubmann niemals französischer Kriegsgefangener gewesen, dass sein Name in den einschlägigen Akten nicht verzeichnet sei. Andererseits setzte sich der Bataillonskommandeur des Musketiers Daubmann, Seite an Seite mit der grössten Organisation der ehemaligen Kriegsgefangenen, für die Echtheit des Heimkehrers ein. Schon sollte ein Lokaltermin in der algerischen Festung Constantine vorbereitet werden. Daubmann erklärte in Vortragsabenden, die ihm bereits schon eine ganze Menge Geld, das er noch durch eine geplante Buchveröffentlichung beträchtlich zu vermehren gedachte, eingebracht haben dürften: "Ich will die Wahrheit! Als 19jähriger frischer junger Bursche bin ich ins Feld gezogen, als 36jähriger gebrochener Mann kam ich wieder. Ich will die Wahrheit, die reine Wahrheit!"

Die Wahrheit ist ans Tageslicht gekommen. Der Schneider Christian Hummel aus Offenburg wird sich wegen Betruges und Urkundenfälschung vor Gericht zu verantworten haben. Den Eltern des im Jahre 1916 gefallenen Oskar Daubmann wurde zum zweitenmal der Sohn entrissen. Die Wahrheit ist eine Tragödie. Wäre der Schwindel unentdeckt geblieben, die Welt wäre um eine Sensation ärmer, ein Elternpaar eines grossen Glückes unberaubt geblieben. Der Weltkrieg hat zum letztenmal seine entsetzliche Fratze gezeigt.

+ + +
Das Gesetz des Evangeliums. Das Pariser Militärgericht hat einen Studenten der Theologie zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er die Einberufung zu einer Reserveübung mit der Bemerkung zurückgeschickt hatte, dass für ihn das Gesetz des Evangeliums nicht mit dem Militärgesetz vereinbar sei, das ihn dazu zwinge, Waffen zu tragen.

+ + +
Gefährlicher Feuersprung. In der Nacht zum Mittwoch brach in einem Hause in Erfurt - möglicherweise durch Brandstiftung - Grossfeuer aus. Ein Mann sprang mit seiner Frau und seinem Sohn aus seiner Wohnung auf die Strasse. Alle drei Personen erlitten schwere Verletzungen.

+ + +

Dirne und Staatsanwalt. In der Berliner Ausstellung des "Bundes revolutionärer Künstler" wurden im Auftrag der Staatsanwaltschaft zwei Aquarelle von Aloius Erlbach beschlagnahmt, die angeblich eine "Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen" darstellen. Die beiden Bilder zeigen unter dem Gesamttitel: "Opfer der bürgerlichen Kultur" Nonnen und Strassendirnen. Die beschlagnahmten Bilder entstammen einem Satz von 40 Gemälden, deren Zurschaustellung bei einer grösseren repräsentativen Kunstausstellung im Schloss Bellevue von der "Preussischen Finanzdirektion", die über jenes Haus verfügt, nicht gestattet worden war.

Theater=Planwirtschaft. Zwischen den städtischen Bühnen Leipzig, Braunschweig, Magdeburg und Halle wurde eine Arbeitsgemeinschaft vereinbart. Die Bühnen beabsichtigen, aus ökonomischen Gründen Gesamtinszenierungen, Einzelschauspieler und Dekorationen in weit grösserer Masse als bisher untereinander auszutauschen.

Der internationale Hund. Im Mai 1933 veranstaltet das "Deutsche Kartell für Hundewesen" in Leipzig eine grosse Internationale Hundausstellung, zu der Preise im Gesamtwerte von fast 100 000 Mark vergeben werden sollen.

Einsturzunglück. In Lille sind am Mittwoch zwei alte Häuser eingestürzt. Die meisten Bewohner wurden durch ein verdächtiges Krachen aus dem Schlaf geweckt; sie konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Ein 52jähriger Mann kam unter den Trümmern um. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, dass ein am Vorabend in einem der beiden Gebäude ausgebrochener Brand die Festigkeit des Hauses erschüttert hatte.

Hultmann frei! Der auf Ersuchen der Düsseldorfer Kriminalpolizei in Amsterdam verhaftete Düsseldorfer Bankier Wilhelm Hultmann wurde nach eingehendem Verhör auf freien Fuss gesetzt. Hultmann hat für 180 000 Mark Effekten verschoben. Da das Vergehen gegen die Devisenverordnung, dessen Hultmann zweifellos schuldig ist, im niederländischen Strafgesetzbuch nicht existiert, kann eine Auslieferung nicht erfolgen.

Bluttat im Walde. In einem Walde in der Nähe von Niwa (Polen) kam es zu einem blutigem Zusammenstoss zwischen Dorfbewohnern und zwei Polizisten. Die Dorfbewohner wollten einen Förster, den sie der Erschiessung eines beim Holzdiebstahl ertappten Bauern bezichtigten, lynchen. Die Polizisten, die zum Schutze des Försters herbeigeeilt waren, schossen in die Menge: zwei Personen wurden getötet; eine Person erlitt schwere Verletzungen.

Für 3 Millionen verschoben! Vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte begann am Mittwoch die Verhandlung gegen den der Devisenschiebung beschuldigten Gerichtsassessor Dr. Böhmert und gegen sieben Mitangeklagte. Das Urteil ist erst am Sonnabend zu erwarten.

Dr. Böhmert soll Effekten im Werte von mindestens 3 Millionen Mark unter dem falschen Namen Munnicke und mit Hilfe gefälschter Vollmachten des Fürsten von Leiningen bei verschiedenen, zum Teil bereits durch andere Devisenaffären berüchtigten Berliner Banken verkauft haben. Der Erlös der Devisen soll zu Gunsten der Amsterdamer Mercurius Bank an den angeklagten Bankremissier Julius Pick abgeführt worden sein. Die andern Angeklagten werden teils der Beihilfe, teils der Urkundenfälschung beschuldigt. Bei der gerichtlichen Feststellung des Tatbestandes und insbesondere bei der Frage der Schuldverteilung ergaben sich zahlreiche Widersprüche: eine eingehende Zeugenvernehmung soll Aufklärung bringen.

Wirtschaft Technik Handel

Kalischmiergelder.

Wie es um die Sauberkeit der Deutschnationalen und der Nazis bestellt ist.

SPD. Im Jahre 1929 entstand im Anschluss an die Veröffentlichung des Enquêteausschusses über die deutsche Kaliindustrie eine lebhafte Auseinandersetzung über die Notwendigkeit einer Preissenkung für Kalidünger; insbesondere verlangte die Landwirtschaft eine sofortige und erhebliche Preisermässigung. Das Kalisyndikat wusste sich zu helfen. Es stellte der Grünen Front, der Dachorganisation der grossen landwirtschaftlichen Interessentenverbände, 5 Millionen Mark zur Verfügung. Sofort trat Ruhe ein. Der Ruf nach Verbilligung der Kalipreise verstummte.

Sicherlich sind die Fonds der landwirtschaftlichen Organisationen mit diesen 5 Millionen Mark kräftig aufge bessert worden; u.a. wurden damit Schlösser aufgekauft und zu Bauernhochschulen umgestaltet, die im Volksmund den Namen Kalihochschulen führen. Dem Bauer ist aber damit nicht geholfen. Er ist an einer Ermässigung der Kalipreise interessiert. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Bauernverbänden, die nicht in der Grünen Front vertreten sind und die auch von den 5 Millionen des Kalisyndikats nichts abbekommen haben. Diese Bauernverbände haben immer wieder die Kalischmiergelder an das Licht der Öffentlichkeit gezogen und an den Pranger gestellt, was der Grünen Front natürlich recht unangenehm war. Schliesslich wusste sich die Grüne Front nicht anders zu helfen, als dass sie die Gerichte in Anspruch nahm, um die unbequemen Ankläger mundtot zu machen.

Das ist aber glänzend vorbei gelungen. So musste jetzt der Vorsitzende eines Verbandes von Pächtern und Kleinbauern in Westfalen, der in dieser Angelegenheit angeklagt war, freigesprochen werden. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, dass die Grüne Front durch die Annahme des Millionengeschenks vom Kalisyndikat eingewickelt worden und dass sie nicht mehr in ihren Massnahmen und Entschlüssen gegenüber dem Geldgeber frei sei. Die Angriffe gegen die Grüne Front seien berechtigt, weil mit diesen Angriffen die wahren Interessen der Landwirtschaft vertreten würden. Wenn man solche Geschenke als Schmiergelder bezeichnet, so sei das ein zutreffender Ausdruck, solange noch gesunder Sinn für unbedingte Sauberkeit bestünde.

In der Grünen Front sitzen wohl ausnahmslos Leute, die der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Partei angehören. Sie reden so viel von Sauberkeit im öffentlichen Leben. Wie es mit dieser Sauberkeit bestellt ist, zeigt das oben zitierte Urteil.

SPD. Der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten teilt für den Monat September mit, dass sich eine lebhaftere Anfragetätigkeit der Inlandkundschaft feststellen lasse. Darin käme der zweifellos vorhandene erhebliche Bedarf an Maschinen zur Erneuerung und Ergänzung der Betriebseinrichtungen deutlich zum Ausdruck. Der Eingang von Inlandsaufträgen hätte aber nur wenig höher als im Vormonat gelegen, sodass er immer noch als ungenügend bezeichnet werden müsste.

Im Auslandsgeschäft machte sich gegen Ende des Monats eine Beunruhigung über die beabsichtigten deutschen Kontingentierungsmassnahmen in starkem Masse störend bemerkbar, "nachdem zunächst auf Grund des vorhandenen Bedarfs eine regere Anfragetätigkeit festzustellen gewesen sei."

Damit will der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten wohl sagen, dass die deutsche Kontingentierungspolitik bestehende Möglichkeiten, mit dem Ausland stärker ins Geschäft zu kommen, zerteppert hat.

SPD. Die Reichsregierung zeigt Neigung, den Forderungen der Kraftverkehrswirtschaft nach einer steuerlichen Entlastung entgegen zu kommen, und zwar ist in letzter Zeit der Plan erörtert worden, die sogenannte Pauschalsteuer für das Winterhalbjahr um 50 % herabzusetzen. In dieser Form ging das Projekt zu Lasten der Länder und die Länder haben rechtzeitig betont, dass diese Steuerermässigung Einschränkung des Strassenbaus und Einschränkung in der Arbeitsbeschaffung bedeuten würde. Bei den Verhandlungen zwischen Ländern und dem Reichsfinanzministerium ist man auf den Gedanken gekommen, den Schaden zu teilen. Das Reichsfinanzministerium will den Ländern die Hälfte des Steuerausfalles abnehmen, sodass die Länder nur einen Verlust von 12 bis 13 Millionen Mark zu tragen hätten.

Die Ermässigung der Autosteuer wäre zu vertreten, wenn die Ermässigung dem Autofahrer voll und ganz zugute kommt. Hier haben wir aber Bedenken, die mehr als begründet sind. Der Plan der Benzinkonvention geht dahin, den Benzinpreis um insgesamt 8 bis 9 Pfennig pro Liter zu erhöhen. Bis jetzt ist eine Erhöhung um 4 bis 5 Pfennig durchgeführt worden. Die Erhöhung um die restlichen 4 Pfennig steht noch aus. Nun sagt man sich in der Benzinkonvention, dass man den Autofahrer mit Preiserhöhungen nicht totschiessen darf. Aus diesen Erwägungen heraus besteht seit längerer Zeit der Plan, die ausstehende Erhöhung um 4 Pfennig pro Liter dann durchzuführen, wenn sich das Reich zu einer Steuerermässigung entschliesst. Der Augenblick ist jetzt gekommen. Man hört auch schon, z.B. im Berliner Bezirk, Gerüchte von einer weiteren Benzinpreiserhöhung. Verwirklicht sich der Plan der Benzinkonvention, dann macht das Reich mit der Ermässigung der Pauschalsteuer den grossen Benzinproduzenten, den angelsächsischen Petroleumtrusts, den Russen und Rumänen, der Schweden und der I.G. Farbenindustrie ein weiteres Geschenk von 25 Millionen Mark. Sozusagen als Winterbeihilfe.

Das ganze ist ein so grosser Skandal, dass die Regierung alles tun muss, wenigstens diesen Unfug zu verhindern.

SPD. Der Reichskanzler von Papen hat am Mittwoch in seiner Rede vor den bayerischen Industriellen Gelegenheit gehabt, sich mit den Zweifeln, die der Ankurbelungsplan der Reichsregierung im Laufe der letzten Wochen allgemein ausgelöst hat, auseinanderzusetzen. Vor allem war in München Gelegenheit geboten, den notverordneten Lohnabbau rückgängig zu machen, über den heute nur die eine Meinung herrscht, dass durch diesen Lohnabbau bei den Produktionskosten keine Entlastung eintritt, dass so die Einstellung von Arbeitslosen nicht gefördert werden kann und die ganze Aktion nur zu Lasten der Kaufkraft und des Marktes geht.

Der Reichskanzler hat es vorgezogen, an dem Wirtschaftsprogramm der Regierung nicht jene Korrekturen vorzunehmen, die auch Verfechter des Planes für notwendig halten. Die Münchener Rede ist, soweit ihr wirtschaftlicher Teil in Frage kommt, ausgesprochene Resignation. Die Regierung verzichtet darauf, ihr Projekt weiter zu treiben. Handelspolitisch zeigt sich der Kanzler entschlossen, mit dem schliesslichen Feudalismus durch dick und dünn zuge-

hen. Er hat sich in München ausdrücklich hinter das Abenteuer der Kontingentierungspolitik und der Kontingentierungskommission gestellt, trotz der schlimmen Erfahrungen in Holland und Italien. Hier werden die wirtschaftlichen Ueberlegungen der Reichsregierung völlig von der Politik bestimmt und getrübt. Man glaubt den Irrweg der Kontingentierung bis zum bösen Ende gehen zu müssen, um gutes Wahlwetter bei der Landwirtschaft zu machen.

Papen betonte allerdings in seiner Münchener Rede, dass die Reichsregierung die Autarkie grundsätzlich ablehne. Damit ist eigentlich gar nichts gesagt. Schliesslich lehnt auch derjenige die Autarkie grundsätzlich ab, der sich dagegen stemmt, dass man Baumwolle aus deutschen Brennessel fabriziert. Andererseits stellt der Reichskanzler an das Ausland die Forderung, den industriellen Protektionismus abzubauen. Das würde die deutsche Kontingentierungspolitik überflüssig machen. Das klingt für unkritische Geister höchst überzeugend. In Wirklichkeit steckt aber nichts hinter diesen Forderungen.

Die ganze Welt hat sich allerdings mit Haut und Haaren der Illusion des Protektionismus, den Bestrebungen verschrieben, mit hohen Zöllen, Einfuhrverboten, Subventionen usw., die Einfuhr von Industriewaren aus dem Ausland zu unterbinden und, wenn möglich, völlig auszuschalten. Dass die deutsche Handelspolitik diese Bewegung in der Welt gefördert und nicht von Anfang an mit allen Mitteln bekämpft hat, ist leider eine Tatsache, die nicht zu bestreiten ist. Nun hat sich der Protektionismus in der Welt gerächt. Der Protektionismus ist ein wesentlicher Grund für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise. Allgemein hat man das eingesehen und es scheint so in der Welt, als ob sich die Illusionen von Autarkie und Protektionismus ausgetobt hätten. Deutschland als Exportland, das auf die Wareneinfuhr nach andern Ländern angewiesen ist, hat alle Ursache, diese Entwicklung zu fördern. Mit unserer Kontingentierungspolitik tun wir aber das Gegenteil. Wir geben der Autarkie und dem Protektionismus in der Welt durch unsere unbegreifliche Kontingentierungspolitik neues Leben und neue Anregung.

Für uns ist es selbstverständlich, dass Deutschland die Pflicht hat, sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren, wenn der Protektionismus eines Landes die Wareneinfuhr aus Deutschland gefährdet. Wir können es begreifen, wenn die deutsche Handelspolitik sich gegenüber Ländern, deren Protektionismus sich gegen die deutsche Wareneinfuhr austobt und austoben will, eine besondere Rüstung schafft. Wir haben das immer anerkannt. Um den neuen Kurs in der deutschen Handelspolitik, um die berüchtigte Kontingentierungspolitik steht es aber ganz anders. Die deutsche Kontingentierungspolitik richtet sich gegen die skandinavischen Länder, richtet sich vor allem gegen Holland, Frankreich und Italien. Alle diese Länder sind nicht nur die besten Kunden Deutschlands, an denen wir jährlich Hunderte von Millionen verdienen, sondern diese Länder haben auch bisher eine verhältnismässig liberale Handelspolitik getrieben und sich, dieses gilt insbesondere für Dänemark, Schweden und Holland, von Autarkie und Protektionismus ferngehalten. Was soll man zu der deutschen Handelspolitik sagen, wenn sie diese Länder mit ihren Kontingentierungen dem Protektionismus in die Arme treibt und hinterher die Forderung stellt, sie sollten ihren industriellen Protektionismus abbauen? Der Reichskanzler scheint zwischen der industriellen und agrarischen Partei in seinem Kabinett zu schwanken und entscheidet sich, aus Wahlrücksichten, für den agrarischen Flügel seines Kabinetts, zum Schaden des deutschen Handels, zum Schaden der deutschen Wirtschaft, die jetzt die Pflicht hat, die Losung des Abbaues jeden Protektionismus in die Weltdebatte zu werfen, anstatt mit Kontingentierungen zu experimentieren.

Hinsichtlich seines Ankurbelungsprogramms hat sich der Reichskanzler in seiner Münchener Rede auf den Arbeitsmarkt berufen, der überzeugend gegen die Behauptung Hitlers spreche, das Programm der Reichsregierung sei nach allen vorhandenen Anzeichen bereits als erledigt zu betrachten. Wir möchten, der

Reichskanzler v. Papen hätte in diesem Punkte hundertprozentig recht. Aber leider liegen die Dinge nicht so. Ohne Zweifel ist eine kleine Besserung in vielen und wichtigen Wirtschaftszweigen eingetreten. Zwar haben sich die Ver-sprechungen der Reichsregierung, sie würde in kürzester Zeit 1 $\frac{3}{4}$ Millionen Men-schen in Arbeit bringen, nicht, auch nicht einmal zum kleinen Teil erfüllt. Aber Ansätze zur Besserung sind immerhin vorhanden. Zu streiten wäre, ob diese Bes-serung mit dem Papenprogramm zusammenhängt. Wir wollen in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in der Zeit fast 100 Millionen Mark in die Wirtschaft hineingepumpt hat, was sich natür-lich bemerkbar machen muss. Wir sind geneigt, die feststellbaren Besserungen, deren Möglichkeiten wir ja nie bestritten haben, zum grössten Teil auf Mass-nahmen zurückzuführen, die mit dem Papenprogramm nicht in wesentlicher Ver-bindung stehen.

Im übrigen beruft sich der Reichskanzler für sein Wirtschaftsprogramm auf die Rohstoffmärkte, wo sich die Preise nach Rückschlägen behauptet hätten. Wir nehmen an, dass der Reichskanzler v. Papen die Entwicklung auch auf den Roh-stoffmärkten nicht für sich in Anspruch nehmen, sondern sie nur als Beweis da-für anführen will, dass die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung nach wie vor optimistischer ist. Das dürfte stimmen. Es kommt aber alles darauf an, Herr Reichskanzler, ob die deutsche Wirtschaft Anschluss an die weltwirtschaft liche Entwicklung findet. Sollen sie das, dann muss man mit der Kaufkraft an-ders verfahren, als das in den Notverordnungen der Reichsregierung bisher ge-schehen ist. Der Grund, dass die bessere Entwicklung auf den Rohstoffmärkten nicht allgemeiner geworden ist, liegt beim letzten Verbraucher, den man die Löhne kürzt und der deshalb nicht kaufen kann.

Gestützter Roggen.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Okt.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Mittwoch eine etwas freundlichere Stimmung. Das Angebot an Weizen ist wieder etwas zurückgegangen, nachdem die Kurse an den Vortagen einen merklichen Rückgang erlitten hätten. Gleichzeitig machte sich etwas stärkere Nachfrage der Mühlen bemerkbar, sodass bei der Notierung am Markte der Zeitgeschäfte der Weizenpreis um etwa 1 Mark heraufgesetzt werden konnte. Der Roggenpreis blieb unverändert. Roggen war ledig-lich in kahnverladener Ware reichlicher am Markt; jedoch ist das Angebot auch hier weniger dringend geworden. Die Besitzer hielten mehr auf Preise als an den Vortagen.

	<u>11.10.</u>	<u>12.10.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	199 - 201	199 - 201
Roggen	155 - 157	156 - 158
Braugerste	175 - 185	175 - 185
Futter- und Industrierogerste	167 - 174	167 - 174
Hafer	134 - 139	134 - 139
Weizenmehl	25,25 - 28,50	25,00 - 28,25
Roggenmehl	20,20 - 22,70	20,20 - 22,70
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Münchener Kuriositäten.

Sozialpolitik des Herrn von Papen.

SPD. Die Regierung der Barone hält sich selbst für eine sehr starke Regierung. Die Krise, in der Deutschland steckt, genügt ihr noch nicht. Anders lässt sich die Programmrede des Reichskanzlers in München nicht erklären. Man sollte meinen, die Regierung habe Sorgen genug bei ihrem Versuch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sicherlich wäre dem Volk etwas mehr Anstrengung zur Sicherung des täglichen Brotes lieber als die Anstrengung, durch Verfassungsreformen in dem schon genügend unfriedlichen Deutschland noch mehr Unfrieden zu stiften. Aber die Regierung der Barone ist ja eine starke Regierung. Sie getraut sich zu, kaum dass sie die Wirtschaft anzukurbeln versucht hat, nun auch noch die Republik aus den Angeln zu haben und im übrigen: die sozialpolitischen Dinge erledigt sie ja nebenbei. Auch der sozialpolitische Teil der Münchener Programmrede ist nur so ein Nebenbei.

Der Kanzler begnügte sich, kurz und schnurz einfach wieder einmal die Schlagworte der Scharfmacher gegen die Gewerkschaften zu wiederholen. Im wesentlichen machte er nur einen Versuch, seine Behauptung, der "Wohlfahrtsstaat" oder - wie er sich jetzt auszudrücken beliebt - der "Versorgungsstaat" schwäche die moralischen Kräfte der Nation, zu rechtfertigen. Er meinte, die scharfe Kritik an seinem Angriff gegen den Wohlfahrtsstaat gehe von völlig falschen Voraussetzungen aus. Er sei der Ansicht, dass die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohem Masse den Arbeitgeber aller Grade von der wichtigen Pflicht entlastet habe, zu allererst für den Arbeitnehmer zu sorgen. Gerade indem der Marxismus planmässig die Wirtschaft durch untragbare Lasten zerrüttet habe, sei er der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen. An die Stelle des marxistischen Begriffs der staatlich reglementierten Fürsorge setzte die Regierung den Begriff einer wahren christlichen Volksgemeinschaft.

Ein grandioser Unsinn! Der "Versorgungsstaat" soll die Arbeitgeber unsozial gemacht haben! Die braven Arbeitgeber nur durch ein Uebermass an Fürsorge des Staates für die Arbeitnehmer verdorben! Schon bei dem ersten Angriff gegen die Arbeitslosenversicherung zogen die Sozialreaktionäre mit diesem Schwindel gegen die Gewerkschaften zu Felde. Ahnungslosen Leuten, die damals diesen Schwindel treu und brav nachplapperten, konnte man damals noch verzeihen. Heute aber, nach den Erfahrungen der grossen Krise, kann sich ein Mann, der den Posten des Reichskanzlers innehat, mit solchem Gerede nur lächerlich machen.

Auch der Arbeitgeber ist nur ein Mensch. Auch bei ihm hört am Geldbeutel die Freundschaft auf. Wenn er z.B. in seinem Betrieb festgestellt hat, dass die Aufträge abnehmen, oder dass er mit mehr Maschinen und weniger Arbeitskräften mehr Profit erzielt, dann wird er eben Arbeiter entlassen. Er wird sie vielleicht mit Bedauern entlassen, aber er wird sie entlassen, und weder der Staat noch sein Gewissen hindert ihn daran. Ohne Arbeitslosenversicherung keine Arbeitslosen - sagen die Herrschaften, die sich über den "Versorgungsstaat" aufregen. Muss man aber wirklich auch noch einen deutschen Reichskanzler darauf aufmerksam machen, dass es Länder gibt, die keine Arbeitslosenversicherung und doch furchtbare Arbeitslosigkeit haben? Kommt

die Riesenarbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten - die Arbeitslosenziffer beträgt drüben mehr als 12 Millionen - auch von der Einführung der Arbeitslosenversicherung? Drüben gab es keinen "Versorgungsstaat". In Deutschland haben die Arbeitgeber, deren Privatinitiative Herr von Papen neu beleben will, stets diesen Mangel als Vorzug Amerikas gerühmt.

Der Marxismus soll an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen schuld sein, weil er planmässig die Wirtschaft durch untragbare Lasten zerrüttet habe. Der Reichskanzler scheint die zahllosen Erörterungen über die Ursachen der Krise der Sozialversicherung, die in den letzten zwei Jahren geführt wurden, verschlafen zu haben. Die Krise der Sozialversicherung ist eine Folge der Wirtschaftskrise und nicht der sozialen Lasten. Weil die Beitragseinnahmen infolge der Arbeitslosigkeit zusammenschumpften und die Ausgaben - zum Teil wiederum infolge der Arbeitslosigkeit anormal stiegen, kamen die einzelnen Zweige der Sozialversicherung finanziell ins Gedränge,

An die Stelle einer "staatlich reglementierten Fürsorge" will Herr v. Papen eine "wahre christliche Volksgemeinschaft" setzen. Wir haben nichts dagegen. Einstweilen ist aber diese christliche Volksgemeinschaft noch nicht da. Einstweilen ist der Kapitalismus da, und weil der da ist, kommen wir ohne staatlich reglementierte Fürsorge nicht aus. Einstweilen muss selbst die Regierung der Barone wohl oder übel noch mit dieser staatlich reglementierten Fürsorge auskommen versuchen. Herr von Papen hat ja in München nun ebenfalls wie schon vor Wochen der Reichsarbeitsminister auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften erklärt - wie oft werden wir es vor den Wahlen noch zu hören bekommen - dass die Arbeitslosenunterstützungssätze wieder etwas erhöht werden sollen und dass auch in der Kranken- wie in der Rentenversicherung die durch die Notverordnungen geschaffenen Härten des Leistungsabbaus gemildert werden. Wenn diese Milderungen nur endlich einmal kämen! Noch sind sie nur versprochen, noch weiss niemand, wie sie ungefähr aussehen werden. Kommt wirklich eine Milderung auf der ganzen Linie? Sie wäre dringend notwendig. Wir glauben aber nicht recht daran, und wir haben auch einigen Grund, zu misstrauen. Immer wieder hört man davon reden, dass wahrscheinlich nur in der Angestelltenversicherung, nicht aber in der Invalidentversicherung die Härten gemildert werden sollen, weil das zu viel Kosten verursache. Eine solche unterschiedliche Behandlung würde nach unserm Dafürhalten sehr wenig zu dem schönen Ideal von der "wahren christlichen Volksgemeinschaft" passen.

SPD. Die Schlichterkonferenz, die vor kurzem im Reichsarbeitsministerium sich mit den Auswirkungen der Lohnnotverordnung beschäftigte, ging aus wie das Hornberger Schiessen. Die Öffentlichkeit, die von dieser Konferenz etwas anderes erwartet hatte, stand vor einem Rätsel. Die "Holzarbeiterzeitung", das Organ des freigewerkschaftlichen Deutschen Holzarbeiterverbandes, löst das Rätsel. Vor der Konferenz der Schlichter, so schreibt die "Holzarbeiterzeitung", war die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dem Minister auf die Bude gerückt und vor deren Ansturm ist Herr Schäffer zurückgewichen.

SPD. Vor dem Haager Internationalen Gerichtshof finden dieser Tage Verhandlungen zur Auslegung des Internationalen Übereinkommens über das Verbot der Nachtarbeit für Frauen statt. Die englische Regierung bestreitet,

dass unter dieses Einkommen auch leitende Personen fallen. Zur Auslegung des Uebereinkommens ist nur der Haager Gerichtshof zuständig. An den Verhandlungen nimmt auch der Direktor Butler vom Internationalen Arbeitsamt teil. Die deutsche Regierung wird durch Ministerialdirektor Dr. Feig vertreten.

SPD. Die Völkerbundskommission, die das Budget zu erledigen hat, setzte am Mittwoch das Budget des Internationalen Arbeitsamtes um weitere 150 000 Franken herab. Der deutsche Vertreter v. Rheinbaben, der ständig auf Einsparungen gedrängt hatte, trat plötzlich für eine Erhöhung des Postens der Kommissionssitzungen im Internationalen Arbeitsamt ein, weil man der Arbeiterklasse in ihren gerechten Bedürfnissen entgegenkommen müsse. Die Kommission beschloss diese Erhöhung, die an den Korrespondenz-Büros des Internationalen Arbeitsamtes ausserhalb Genfs eingespart werden soll.

Wie verlautet, soll ein Deutscher den Posten des stellvertretenden Direktors im Internationalen Arbeitsamt bekommen. Die Verhandlungen des Verwaltungsrats in Madrid werden darüber Klarheit schaffen.

SPD. Im Ausschuss für Handel und Gewerbe des preussischen Landtages wurde folgender sozialdemokratischer Antrag angenommen: "Die Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes hat dort zu unterbleiben, wo durch seine Durchführung bisher beschäftigte Arbeitskräfte brachgelegt werden."

SPD. Der Streik der Seeleute in Marseille geht seinem Ende entgegen. Der Minister für die Handelsmarine hat sich nach langwierigen Verhandlungen mit einer Abordnung der Seeleute darüber geeinigt, dass die Wechselprämie in indochinesischen Häfen bis zum 1. Februar in vollem Umfang weiter gezahlt und dann durch einen Lohnzuschuss von 45 Frs. pro Monat abgelöst wird. Dieser Einigungsvorschlag bedarf noch der Zustimmung der Streikenden. An ihr ist jedoch kaum zu zweifeln.

SPD. Genf, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)
Der Plan einer internationalen Einführung der automatischen Kupplung für Eisenbahnwaggons ist endlich einen Schritt weitergekommen. Ein schon 1931 eingesetztes technisches Unterkomitee des Internationalen Arbeitsamtes nahm den Entwurf für ein Abkommen an zur Bildung eines internationalen Fonds. Aus ihm sollen die praktischen Versuche mit automatischen Kupplungsapparaten finanziert werden. Der Entwurf dürfte vom Verwaltungsrat auf seiner Madrider Tagung Ende Oktober gutgeheissen werden.

Die Einführung der automatischen Kupplung wird seit langem von der Arbeiterschaft gefordert, um die zahllosen Unglücksfälle beim Kuppeln der Waggons mit der Hand auszuschalten. Die Umstellungsarbeiten würden auf fünf Jahre Beschäftigung für 320 000 Arbeiter bringen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEIFLAGE DES S.P.D.

Berlin, den 12. Oktober 1932.

Nur eine Tasse Kaffee.^x

SPD. Rette sich, wer kann!" Dieser unmilitärische, von allem Heldenhaften entkleidete Ruf wurde am Morgen des 8. August 1918 im Feldlazarett bei Rosières 8 Kilometer hinter der Front, ausgestossen, als bereits die ersten Schrapnells über unsern Köpfen krepitierten. Die Front war unter der Uebermacht eines französisch-englischen Angriffes zusammengebrochen, und wenn wir nicht in Gefahr kommen wollten, unsre beschädigten Knochen vollends zu verlieren oder bestenfalls in Gefangenschaft zu geraten, mussten wir wohl oder übel der Aufforderung sich zu retten, von der niemand wusste, woher sie kam, Folge leisten. Die Schwerverletzten wurden in die Sanitätswagen geladen. Wer laufen konnte, der holte sich seine mehr oder weniger zerrissenen Uniformstücke von der Kammer und suchte das Weite.

Ich schloss mich in meiner blutbefleckten Uniform einigen Kameraden an, die irgendwoher erfahren hatten, dass am Nachmittag in Marchelepot ein Urlaubszug nach der Heimat abgehe, und die nun unter allen Umständen diesen Zug erreichen wollten. Irgendwo würde man sie dann schon finden und ins nächste Lazarett schaffen.

Unter zurückflutenden Bagagen und Munitionskolonnen bahnten wir uns mühsam einen Weg, und wenn wir mit knapper Not dem Tode des Ueberfahrenwerdens entgingen, so sorgten französische Flieger dafür, dass unsre Hoffnungen, die Heimat wiederzusehen, nicht allzu rosig wurden. So niedrig, dass man sie beinahe mit den Händen greifen zu können glaubte, sausten die Flieger die mit Menschen, Tieren und Fahrzeugen vollgestopften Strassen entlang und mähten mit ihren Maschinengewehren nieder, was in ihren Schussbereich kam.

Meine Haare waren grau vom Staub der Landstrasse; sie hätten ebenso grau von all dem Schrecken sein können, den ich in den paar Stunden erlebte, bis wir den ersehnten Zug erreichten. Endlich der erlösende Ruck, und wir fuhren, fuhren der Heimat entgegen. In Valenciennes erscholl der Ruf: "Alle Verwundeten aussteigen!" Aber wir wollten besonders gescheit sein, und die Heimat lockte uns gar zu mächtig. So blieben wir also sitzen. Wie waren wir aber enttäuscht, als wir in Quiévrain ankamen und hier erfahren mussten, dass der Zug nicht mehr weiter fahre! Wir meldeten uns beim Bahnhofskommandanten. Der schickte uns in das Revier einer Artillerie-Munitionskolonne. Dort brachten wir die Nacht auf Stroh zu. Am andern Morgen wurde uns befohlen, uns bei der Verwundetensammelstelle in Valenciennes zu melden.

Langsam, wie ein Trauerzug - denn wir hatten einen Kameraden bei uns, der eine schmerzhaft Schussverletzung am Oberschenkel hatte -, marschierten wir nach der belgisch-französischen Grenze, wo sich die Endstation der Strassenbahn befand, die uns nach Valenciennes bringen sollte. Dort standen wir nun wie eine Versammlung von Leichen, totenbleich und ungewaschen, mit schmutzigen und blutbefleckten Uniformen, Opfer des grössten Völkerhasses, den je die Welt gesehen. Unser Kamerad mit dem Beinschuss stöhnte unaufhörlich, und die nächste Strassenbahn sollte erst in einer halben Stunde kommen. Nirgends eine Sitzgelegenheit, nirgends eine Möglichkeit, den durch den Blutverlust und die Hitze brennend gewordenen Durst zu stillen.

Da öffnete sich hinter uns eine Haustüre. Eine abgehärmt, aber freundlich aussehende, ärmlich gekleidete Frau trat heraus, ging auf uns zu und sagte uns einige Worte, die wir nicht verstanden, die aber sicher gut gemeint waren. Dann verschwand sie wieder im Hausflur. Gleich darauf brachten einige Kinder

die wohl der Frau gehören mochten, für jeden von uns einen Stuhl. Es dauerte nicht lange, da kam auch die Frau wieder und - o Wunder! - brachte uns dampfenden schwarzen Kaffee, richtigen Kaffee. Sie musste einige Male hin und herlaufen, bis jeder von uns seine Ration hatte. Dann stellte sie sich vor uns hin, und man konnte es ihr am Gesicht ablesen, wie sie sich über ihr eigenes Werk freute.

Als wir unsre Tassen geleert hatten, schenkte sie uns nochmals ein. Dabei sagte sie ständig Worte des Mitleids zu uns, die, wäre unser Leiden nicht physischer Art gewesen, uns bestimmt geheilt hätten. Besonders mein bis zur Unkenntlichkeit verbundener Kopf und der in einer Binde befindliche rechte Arm, zu denen meine über und über mit Blut besudelte Uniform trefflich passte, rührten die gute Frau, und sie konnte gar nicht genug ihrer Besorgtheit Ausdruck geben.

Wir haben die Sprache dieser Frau nicht verstanden, aber unser Gefühl hat ihre Worte in unsre Muttersprache übersetzt. In dem Meer von Blut und Tränen, das uns damals umbrandete und allen Glauben an Vernunft und Liebe in uns zerstört hatte, richtete die unscheinbare Frau einen Fels der Hoffnung auf. Einmal muss der Tag kommen, so begann in uns ein Glaube zu keimen, wo die zwischen den Völkern künstlich errichteten Mauern von Hass und Neid morsch werden und einstürzen, wo die Mehrzahl der Menschen so denken und handeln wird wie die einfache Arbeiterfrau an der belgischen Grenze.

Richard Spitznagel.

Gute Lektion.^x

SPD. Als der korsische Eroberer auch die Republik Venedig wie eine am Wege gefundene Münze ohne viel Federlesens einsteckte, besetzte er natürlich die hohen Ämter und Würden mit Leuten aus seiner Umgebung. Auch vor den kirchlichen Stellen machte er nicht halt. Es gab da in seiner Armee einen früheren Mönch, einen gewissen Gamboni, nicht eben einer, mit dem man Aufsehen machen konnte, doch mochte der gemeine Mann den derben, rauh zupackenden Feldprediger gern, und unter ägyptischer Sonne hatte er sich nicht übel bewährt. Den setzte Bonaparte kurzerhand auf den Patriarchenstuhl von Venetien, - wahrlich ein nicht geringer Sprung für den einfachen Soldatenpastor; aber er tat ihn mit Würde.

Venedig war damals ein Zentrum der grossen Welt, wie nachmals Paris, das ebenanfang, ihm den Rang streitig zu machen, - und die jungen Geistlichen, in Kriegszeiten der Zucht ein wenig entwachsen, liessen sich's angelegen sein, nach der Mode zu girren und zu seufzen, wie andere junge Gecken auch, gingen in Seide und Samt und liessenden lieben Gott einen guten Mann sein. Man kann sich's ausmalen, wie sie insgeheim und wohl auch öffentlich ihres rauhbeinigen und bärbeissigen Patriarchen lachten, der ja in der Tat wie ein Ueberbleibsel aus biblischer Patriarchenzeit unter ihnen, den Stutzern und Elegants Venetiens, stand, - und es dauerte nicht allzu lange, so war manches Scherzwort im Schwange, ja, es liefen Bilder und Spottschriften um, und zu jedem bösen Witz musste der neugebackene Patriarch seinen Buckel herhalten.

Aber der Patriarch war auch nicht auf den Kopf gefallen!

Der Rädelsführer von allen war ein junger Geistlicher, der immer à la mode gekleidet ging, einen Backenbart trug, einen Tituskopf, wie ihn Frankreich neuerdings vorschrieb, einen Stock mit silbernem Knauf, den gewaltigen Klapphut stets unterm Arm, wie man denn eben in der grossen Welt sich gehabte, und wie's die kleine nachmacht, um zu erweisen: Wir gehören dazu. War dem kleinen Abbé der Patriarch ein Dorn im Auge, so war der Abbé dem hohen Herrn gar ein Pfahl im Fleisch. Aber fürs erste liess er ihn in Frieden in der Stadt sich zeigen und sich gehoren wie ein balzender Pflanz.

Eines Tages, ganz unerwartet, empfängt der Abbé eine Vorladung zu einer Audienz beim Patriarchen. In sein neuestes, elegantestes Habit gekleidet, wohl frisiert und pomadisiert, mit allen Wassern gewaschen, gepudert und geschminkt, betritt er die Antichambre. Ein Kammerdiener heisst ihn Platz nehmen. Im Augenblick sind zwei andere um ihn, ein weisses Laken wird ihm umgeworfen, wie ein Netz, das ihm hoffnungslos die Arme umstrickt, eine Schere fährt knirschend durch sein Haar, wie eine Sichel durchs Gras, - "Ja, aber was macht ihr denn, ihr Schlingel, was erküht ihr euch?!" ruft er aus, will aufspringen, auf und hinaus, - aber vier Hände, sechs Hände halten ihn nieder. "Befehl Seiner Eminenz, des hochwürdigen Herrn Patriarchen!" rufen Kammerdiener und Haarkräusler ihm zu, und schonungslos beendet die klippernde, klappernde Schere ihr Werk. Trauernd sieht er die Simpelfransen seines Tituskopfes in seinen Schoss heruntersinken, wie ein Baum im Herbst seine Blätter, melancholisch lässt er's über sich ergehen, dass ihm mitten auf dem Haupte eine Stelle kahl herausgeschoren wird, gross wie eine Hostie, ganz der Vorschrift gemäss. Und schon ist ein eilfertiger Pinsel dabei, sich in seinem Gesichte zu tummeln. Schaum flockt auf, unterm Schermesser fällt der Backenbart, der ihm ein so wacker männliches Aussehen verlieh, - bleich und stubenfarben kommt die Haut der Wangen zum Vorschein. Endlich, endlich, da dem geschorenen Simson eben zum Besten zumute ist, nimmt der Haarkünstler das weisse Linnen von seinen Schultern, man bürstet ihn säuberlich blank, der Diener hilft ihm in den Mantel hinein, aber was für einen Mantel, nom de dieu?! Entrüstet, empört fährt er auf, - warum nimmt man ihm seinen pelzbesetzten Schulterkragen, den atlasgefütterten Mantel, - ist er unter die Räuber gefallen? - "Befehl Seiner Eminenz", sagt das eiserne Lakaiengesicht, und eine Hand im weissen Handschuh reicht ihm den Hut, nicht seinen, beileibe nicht, - ein kleines, rundes Hütchen, einen rechten Deckel schier, - und da er nicht sogleich zufasst, setzt ihm der Diener mit festem Schläge das abscheuliche Ding auf den Kopf. - "Befehl Seiner Eminenz!" sagt er dabei und ist ernst wie ein Fisch.

Wie der Abbé in den Spiegel schaut, - unwillkürlich tut er's; er ist's so gewohnt, - wer schaut ihm da entgegen, ihm, dem elegantesten Stutzer Venedigs? Ein Pfäfflein, klein, schmal und bescheiden, durch nichts unterschieden von Hunderten, ja, Tausenden seines Standes! Die Galle will ihm aufsteigen, jetzt nur hinaus, nur weg, - da reisst schon, als ob er's errate, der Bediente die Tür auf; eilends stürzt er hinaus, - hilf, Himmel! - in einem andern Saale steht er, und vor ihm, auf seinem Sessel, in der Pracht seines Amtsgewandes, sitzt würdevoll und gross Gamboni, der Patriarch! Lächelnd streckt der dem jungen Geistlichen die Hand mit dem Ringe entgegen, dass er sie küsse, --dann richtet er ihn auf, sieht ihm aufmerksam ins Gesicht, tut, als besinne er sich, und sagt dann: "Sieh an, der Abbé Perrini! Sind Sie's, oder sind Sie nicht, Abbé? - Also doch endlich ein Geistlicher, wie er sein soll! - Schon gut, schon gut, mein Lieber, verteidigen Sie sich nicht, ich sehe, alles ist in schönster Ordnung. Aber da sieht man einmal wieder, was man auf das Geröde der Leute geben kann! Denken Sie nur, wie man Sie verleumdet hat, Abbé! Hat man mir nicht gesagt, dass Sie über den Markusplatz flanieren wie ein englischer Lord? Dass Sie mit den hübschen Damen leichtfertige Blicke tauschten, wie irgendein Mann von Welt? Einen Degen trügen Sie, trug die Fama mir zu, chapeaubas trippelten Sie einher, wie die jungen Stutzer tun, den Frauen machten Sie die Cour, lieber Abbé! Soviel Worte, soviel Lügen! Nein, nein, Sie brauchen nichts zu sagen, mein Freund, ich sehe schon, man hat einen alten Feldkaplan einmal wieder hinters Licht führen wollen mit nichtsnutziger Verleumdung. Aber diesmal hat's nichts geholfen, diesmal nicht! Ein so alter Fuchs wie ich traut seinen Augen mehr als seinen Ohren. Was Backenbart, was Tituskopf! Es ist alles nicht wahr! Die Tonsur sogar ist in schönster Ordnung; Sie dürfen sich sehen lassen, Abbé, Sie sind ein Mann nach dem Herzen Gottes. Nun ich mit eigenen Augen soviel Lästerung und Lüge durchschaue, weiss ich auch, was ich von jenem andern zu halten habe, das man mir hinterbracht. Sie und über Ihren

Vorgesetzten spotten? Sie und eines in Amt, Erfahrung und Würde Höheren mit geringschätzigen Worten gedenken? - Gehen Sie, gehen Sie, lieber Abbé, Ihnen selber würd' ich's nicht glauben! Ich sehe wohl, man hat Sie bei mir anschwärzen wollen, aber sagen Sie aller Welt: Den alten Gamboni führt man nicht hinters Licht. Das bringen selbst die schlaunen Welschen nicht zuwege. Der nimmt seine Sache selber in die Hand und sieht gar wohl, wo Respekt und Ordnung herrschen und die heilige Vorschrift noch geachtet wird. Küssen Sie den Ring, Abbé, und gehen Sie getrost nach Hause! Ein Mann, der, wie Sie, in nichts wider die Regeln verstößt, hat von seinem Patriarchen nichts zu befürchten. Damit Gott befohlen, mein lieber Abbé!"

Wortlos, knirschend verliess der Abbé das Palais. Man hat ihn hernach nicht wieder mit Tituskopf, Spitzenjabot und Galanteriedegen gesehen. Und es sind in dieser einen Woche noch viele, sehr viele Häupter demütig unter die Schere gebeugt worden; wusste doch niemand, ob nicht er der nächste wäre, der zur Audienz befohlen werden würde.....

Gustav Halm.

Die Bergkrankheit.^x

SPD. Nachdem fast jedermann einmal mit dem Begriff der Seekrankheit bekannt geworden ist und die verwandte Luftkrankheit der Flieger nun auch allmählich populär wird, mag es interessieren, dass auch die Bergsteiger einen merkwürdigen Erregungs- und Krankheitszustand erleben, der direkt als Gegenstück zur Seekrankheit gelten kann und dementsprechend auch den Namen Bergkrankheit führt. Die Mitglieder des Deutsch-österreichischen Alpenvereins, die in so höchst dankenswerter Weise die Forderung nach einem "alpinen Knigge" erhoben, haben zugleich zuerst darauf hingewiesen, dass der bergungewohnte Mensch in Höhen über 3000 Metern von einer Art Gebirgskoller befallen wird, der ihm in seiner heimatlichen Stadt vollkommen fremd ist. Mit den diesbezüglichen Erfahrungen in hochgelegenen Schutzhütten, z.B. auf dem Becher-Schutzhaus, könnte man Bände füllen. Nicht an das, wenn auch lästige, aber doch harmlose Jodeln und Schreien sei hierbei gedacht, sondern an vandalische Zerstörungswut und Anfälle sehr elementarer Natur, vor allem an eine merkwürdige Steigerung des Selbstgefühls und der Ungeduld, der die Eingeweihten nur deswegen mit grosstem Gleichmut begegnen, weil sie sie ganz richtig auf nervöse Ueberreizung durch das Hochklima zurückführen. Das leichteste Symptom dieses Zustandes ist wohl jedermann bekannt, der schon einmal in einem höher gelegenen Schutzhaus übernachtet hat. Trotz grosser Müdigkeit vermag man nur schwer einzuschlafen, und in Höhen über 3000 Meter Höhe ist vollkommene Schlaflosigkeit an der Tagesordnung.

Immerhin ist dies noch nicht, wie viele glauben, das erste Symptom der sogenannten Bergkrankheit, die sich in viel unangenehmerer Weise äussert. Als ihr erstes Anzeichen macht sich etwa der beschleunigte Pulsschlag geltend, dem sich Herzklopfen, eine eigentümliche Brustbeklemmung mit beschleunigter Atmung und Muskelschwäche beigesellen. Die geringste Arbeit, selbst das blosses Halten eines Stockes, entkräftet auffällig. Der Bergkranke erklärt, nicht gehen zu können, und muss sich nach je 20 bis 30 Schritten setzen. Aber auch eine mehrstündige Ruhe erquickt ihn nicht, sondern es stellen sich Ohrensausen und Kopfschmerz ein, dazu unüberwindlicher Durst und grosser Ekel vor allen Speisen. Die Kongestionen nehmen zu, und bald erfolgen Uebelkeiten und Erbrechen, die den Leiden der Seekranken nichts nachgeben. In schwereren Fällen erfolgen Anwandlungen von Ohnmacht, Zeichen von Geistesstörung und Symptome eines Nervenschlages; das Blut tritt tropfenweise aus den Augen, den Lippen und der Nase; auch Blutungen aus den Lungen und den Nieren wurden beobachtet, und es haben sich sogar Fälle ereignet, in denen der Tod infolge der Berg-

krankheit erfolgte. Natürlich bedeutet diese Schilderung nicht, dass jedermann unfehlbar auf einer Bergtour in diesen entsetzlichen Zustand mit allen seinen Konsequenzen geraten müsse. Immerhin bleibt selten jemand vollkommen davon verschont, der höher als auf 4000 Meter steigt, und bei empfindlicheren Personen melden sich die ersten Anzeichen bereits bei 3200 Metern. Ebenso gibt es Menschen, die, wie von der Seekrankheit, auch von dem Bergübel verschont bleiben. Mosso, der die Erscheinung eingehend studiert hat, führt sie auf den verminderten Sauerstoffgehalt des Blutes zurück; auch ist er der Ansicht, dass durch den abnorm niedrigen Kohlensäuregehalt des Blutes ein wichtiger Lebensreiz wegfallt, wodurch der Körper in der genannten Weise reagiert.

Nicht alle Berge scheinen in gleicher Weise das Uebel hervorzurufen. Die Montblancbesucher bleiben selten davon verschont; auch dem Grossvenediger und dem Matterhorn sagt man solche Einflüsse in besonderer Weise nach. Dies hat natürlich keine mystischen Ursachen, sondern hängt mit der Schwierigkeit der Bergbesteigung zusammen, da als hauptsächlich mitwirkende Ursachen der Bergkrankheit starke geistige und körperliche Anstrengungen gelten können. Ein Mittel gegen sie kennt man nicht, denn der empfohlene Kognakgenuss bewährt sich keineswegs. Dagegen wäre es jedenfalls von Interesse, das von den südamerikanischen Eingeborenen benutzte Mittel auch in den Alpen anzuwenden. In den Cordilleren befällt das "Mal di Puna" bei 3600 bis 4800 Metern Höhe fast alle Fremden, nicht aber die Eingeborenen, die ununterbrochen Kokablätter kauen. Diese Blätter enthalten ein Alkaloid, das bei Ueberwindung von Anstrengungen sehr anregend wirkt. Möglicherweise ist es nicht nur die Akklimatisation, sondern auch das Kokain, das über die Bergkrankheit hinweghilft, die, wie man aus dieser Schilderung ersieht, zu den rätselhaftesten Erscheinungen der menschlichen Natur gehört.

R.Francé.

Reise durch Kastilien.^x

SPD. Asturien, Kastilien, Burgos - Spaniens ganze Geographie klingt wie ein Gedicht, wenn man die Namen der Provinzen, Städte, Gebirge oder Flüsse aneinanderreicht. Das Gedicht hat keinen Sinn, den Gesetzen der Logik nach, wohl aber den höheren Sinn der Musik. Einige Namen klingen hell und hoch, die Farben sind Geld und leichtes Rot, wie Granada, Kastilien; andre wieder klingen tief und dunkel, sie sind blau und violett, wie Burgos oder Bilbao.

Burgos. Das Wort klingt rund und voll. Zu ihm gehört nicht der helle und klare Begriff Zivilisation, sondern das dunkle, etwas verschwommene Wort Kultur. Kam es nun vom Klange des Wortes Burgos her oder vom Dom, dass die Stadt dunkel getönt war, als ich durch sie ging, trotz des Sonnenscheins, der über ihr lag, und der freundlichen Häuser ihrer Strassen? Von beiden. Sie ergänzen und verstärken sich. Dom, das Wort enthält alles: das Halbdunkel des geschwungenen Kirchenschiffes, die brennenden Fenster und den tiefen Tonfall des gesprochenen Wortes. Gotik, ernst und düster, spricht zur Seele, Barock, heiter und hell, zum Herzen. Wäre die Kathedrale romanisch oder barock, Burgos würde sich mit einem Schlage verändern. Aus seinen dunklen Gassen würden freundliche Gässchen, aus den asketischen Priestern behäbige Pfaffen, wie man sie auf den Etiketten von Likörflaschen sieht, und die Mystik würde sich in Lebensfreude wandeln. So aber bleibt Burgos, wie es ist. Wer Spaniens Kirchen kennt, der kennt seine Vergangenheit und begreift seine Gegenwart. Von Gegenwart ist eigentlich in Burgos so gut wie nichts zu merken, trotz der Verkehrspolizisten vor dem Brückenkopf und vor der Kathedrale, trotz der Omnibusse am Hauptplatze vor dem Palacio, wo die Königin einst Columbus nach seiner Rückkehr aus Amerika in Audienz empfangen hat, und trotz der Anschlagssäulen mit Kihoprogrammen und Streikparolen. Das ist nur versprengte Gegenwart. Bei Tage ist

Burgos vergessenes 19. Jahrhundert und bei Nacht, wenn die Schritte der Nachtwächter in den Strassen widerhallen, Mittelalter. Man könnte glauben, die Leute hier hätten nie etwas anderes getan als in den Kirchen gebetet. Freilich die vagen Empfindungen bewegen sich in einer luftverdünnten Sphäre. Sie sagen nichts aus vom Leben der Menschen um die Kathedrale, von ihrer Arbeit und ihren Sorgen. Die Geschichte wird abstrakt, eine Angelegenheit der Bildung; Fleisch und Blut sind aus ihr gewichen; es bleibt nur ein Hauch der Seele und des Geistes übrig. Reich ist nur die Kirche. Die Menschen, die sie besuchen, und jene, die sie befehlen, sind arm. Burgos ist Spanien par excellence, wie es war, und wie es eine Zeitlang noch bleiben wird, trotz aller Fortschritte in der Republik. Hoher Klerus, Aristokratie, Militär, einige begüterte Familien, dann kommt lange, lange gar nichts, und erst dann kommen die Vielen, von denen die Wenige immer noch leben.

Kastilien ist wie das Volkslied von der keuschen Jungfrau und dem reinen Jüngling, aber mit der ernüchternden Dissonanz: Hunger tut weh.

Von Burgos nach Madrid muss man im Auto oder im Omnibus fahren, nicht im Zuge, und möglichst im Spätsommer, am besten im September. Dann ist dort der Himmel am blauesten, die Luft am klarsten und das Farbenspiel der Landschaft am prächtigsten. Es ist ein Plateau in Regenbogenfarben, von einigen Bergketten und Gipfeln überragt. Zwei Farben bestreiten das Spiel, rot und blau. Aber das Rot ist so vielfach gestuft von Purpur bis Rosa, dass es in allen Farben irisiert. Die Schönheit ist einfach, gross und deshalb bewegend. Nicht vom Kitsch italienischer Postkarten. Der Boden ist rotes Gestein, zersprungen, zerrissen und zerklüftet von der Witterung, karg, unfruchtbar, manchmal imposant wie die Wüste. Korn, Hafer in den höheren Regionen, manchmal ganze Landstrichweite kein Halm, nie ein Baum, nicht einmal dürftiges Weideland für Schafe und Ziegen. Nur Felsen und Steingeblock. Städtchen und Dörfer, die Hütten um die Kirche geschart, gewöhnlich auf einem kleinen Hügel gelegen; sie sind nicht zahlreich und sind arm wie in der Legende. Die Hütten, auch die Kirchen, sind aus rötlichen Steinen erbaut, mit Lehm notdürftig zusammengefügt, ohne Putz und Schmuck. Ein feiner Staub liegt auf ihnen, der im Sonnenlichte schillert. Männer und Frauen, jene in breiten Strohhüten, diese in Kopftüchern beides tief in den Nacken gezogen zum Schutze gegen die sengende Sonne, dreschen Korn auf den Feldern oder häckseln Haferstroh. Keine Maschine, kein Tier hilft ihnen dabei. Alles ist primitiv. Alte Weiber und Kinder, Invaliden und Nichtstuer hocken vor den Haustüren im Schatten; im Winter werden sie sich in den letzten Winkel der Wohnung verkriechen, um sich zu wärmen. Öfen gibt es meistens nicht, und von Dezember bis März streicht ein eisiger Wind über das Plateau, und manche Orte liegen bis 1400 Meter hoch.

Ein Abgeordneter dieses Wahlkreises erzählte mir, die Bauern wüssten oft gar nicht, dass man jeden Tag essen könne. So sehen sie auch aus. Mager, häufig ausgemergelt, die Gesichter gefurcht und verbrannt von der Sonne, aber niemals, oder doch nur sehr selten, mürrisch und verdrossen, sondern meistens freundlich, lebenswürdig, ja, hilfsbereit. Sie sehen menschlicher aus als die gut angezogenen Bürger der Stadt. Warum, ist nicht leicht zu erklären. Man fühlt sich eben zu ihnen hingezogen, wenn aus keiner höheren, so aus der einfachen Regung des Mitleidens. Dazu kommt ihre angeborene Menschenwürde, die ihnen eine tapfere Haltung verleiht. Der Boden gibt wenig her, und was er hergibt, gehört meistens nicht ihnen. Sie sind Tagelöhner mehr denn Bauern. Aber etwas haben sie allen Andern voraus: den Optimismus ihrer Namen. Sie heissen nicht einfach Heinrich und Hans, sondern Don Enrique und Don Juan, und nicht Paul Schulz, sondern Señor Don Pablo de la Mancha y Gonzales. Mit so einem Namen über die Strasse zu gehen, da stellt sich die Menschenwürde von selbst ein. So ein Name drückt nicht nieder; er verleiht eher Flügel. Mit so einem Namen vergibt man sich nichts, wenn man die Hand nach einem Almosen ausstreckt

Sie sind alle Caballeros, auch die im groben Arbeitskittel.

Eine Wandlung ist in den Don Quichottes vorgegangen. Sie reiten nicht mehr gegen Windmühlen, sondern gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Sie sind politisch gewacht.

Sophie Kramstyk.

Unterwelttheater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Während auf den meisten Berliner Bühnen altbewährte klassische und moderne Literatur gespielt wird und nur vereinzelt neuere, bereits hier und dort im Reich erprobte Stücke auftauchen, die um ihrer Belanglosigkeit willen keine Erwähnung verdienen, hat eine Bühne, die Uraufführung eines Werkes riskiert, das sich als eine wertvolle Bereicherung unsres Spielplans erwiesen hat. Im schicksalsreichen "Theater am Schiffbauerdamm", das vor einem Jahre eine sehr kurze, doch umso erheiterndere Episode als offizielles Nazi-Theater erlebt hat, wurde die Spielzeit unter der neuen Direktion Bernd Hofmann mit dem Berliner Volksstück "Kolonne Immergrün" von Hans Brennert eröffnet. Der Verfasser, dem wir seit seinem vor mehr als einem Vierteljahrhundert gemeinsam mit Hans Ostwald geschriebenen Stücke "Der Kaiserjäger" nicht mehr auf der Bühne begegnet sind, ist einer der gründlichsten Kenner Berliner Volkstums und Berliner Jargons. Besonders die immer wieder bewährte stoffliche Ergiebigkeit des Ganoven- und Nuttenlebens mit seiner Verwegenheit und kessen Hundeschnäuzigkeit hat in ihm ihren literarischen Meister gefunden. Sie kommt auch in seinem neusten Werke, wie schon der sehr bezeichnend Titel verrät, zu wirksamster Geltung. Einer der berüchtigten sogenannten "Ringvereine" ist Träger der Handlung, zu der wirkliche Vorgänge der letzten Jahre, wie der niemals aufgeklärte Einbruch in der Stahlkammer einer Bankfiliale; auch eine Schlägerei von "Immertreu"-Leuten und Hamburger Zimmerleuten - ein Hamburger Zimmermann tritt ebenfalls als Gegner der "Kolonne Immergrün" (eines angeblich harmlosen Lotterievereins) auf -, die äusseren Anregungen gegeben haben. Brennert packt sein Thema von der heiteren, komödienhaften Seite an. Er vermeidet jede Vertiefung und streift nur eben das ernste soziale Problem. Aber er gibt saftige, individuell differenzierte Charakterisierungen und damit überaus dankbare Rollen. Er weiss die Handlung logisch aufzubauen und mit starker Spannung zu erfüllen, und er versteht es, den drastischen humoristischen Gehalt seiner Darstellung voll auszuschöpfen. Es gibt zahlreiche Momente im Handlungsverlauf, die die Zuschauer zu Lachstürmen hinreissen. In der Gattung des Volksstücks behauptet "Kolonne Immergrün" einen hervorragenden Platz. Der Erfolg der Aufführung war freilich auch ein Verdienst des flotten, frischen Ensemblespiels, vor allem des gerade für solche Aufgaben bereits seit der "Dreigroschenoper" bestens bewährten Hauptdarstellers Harald Paulsen.

Freilich hat die Berliner Unterwelt auch ihre ungeheuer tragische Seite. Es gibt wohl kaum ein dramatisches Werk, in dem diese Tragik so echt, so anschaulich, so vielseitig, so voll dramatischer Spannung, dabei so menschlich packend und erschütternd zum Ausdruck käme wie in der vor zweiundzwanzig Jahren entstandenen Berliner Tragikomödie "Die Ratten" von Gerhart Hauptmann, dieser Muttertragödie, die vielleicht die letzte ganz grosse Bühnendichtung ihres Schöpfers ist und noch einmal Hauptmanns schönsten Wesenszug, seine mitfühlende und verständnistiefe Teilnahme am Elendsschicksal der Entgleisten und Verworfenen, zwingend offenbart. War schon die Aufführung dieses Werkes an sich eine verdienstvolle Tat der "Volksbühne", so ist vollends die bis ins kleinste Detail des Ensemblespiels und Bühnenbildes ausgefeilte Wiedergabe unter der Regie von Heinz Hilpert und mit Käte Dorsch und Eugen Klöpfer in den Hauptrollen ein nachhaltiges künstlerisches Erlebnis, wie es heute kaum eine andere Berliner Schauspielbühne bietet. Mit dieser Aufführung ist die "Volksbühne"